Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unseres Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 87 (1. Blatt) — Freitag, den 15. April 1921 — 49. Jahrgang

Preuß. Landes-Versammlung.

(Sitzung vom 14. April.)

Haus und Tribünen sind stark besetzt. Präsident Leinert eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß Adolf Hoffmann (Ver. K. P. D.) seinen Wahlauftrag niedergelegt habe. (Heiterkeit und ironische Zurufe.) — Zu den auf der Tagesordnung stehenden Anträgen über die Unruhen in Mitteldeutschland, die Vorgänge beim Tode Sylts usw. sollen zwei Rednerreihen sprechen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die große Anfrage Gräf-Anklam (Deutschnat.) über den Kommunistenaufstand in der Provinz Sachsen. Minister Severing erklärt sich zur Beantwortung bereit.

Abg. **Gräf** (Deutschnat.):

Infolge der unerhörten Hetze der Kommunistenpresse zum Aufruhr ist es in Sachsen zu einem Kommunistenaufstand gekommen, dessen Niederschlagung zahlreiche Opfer gefordert hat. Weshalb hat das Staatsministerium, obwohl in der rechts gerichteten Presse seit langen Wochen auf die planmäßige Vorbereitung des Aufstandes aufmerksam gemacht worden ist, nichts unternommen, um wirksam gegen das Treiben der kommunistischen Partei und ihrer Presse einzuschreiten? Die friedliebende Bevölkerung in der Provinz Sachsen und in den westdeutschen Bezirken hat diese Unbekümmertheit bitter büßen müssen. Die Schutzpolizei hat 38 Tote und 65 Schwerverwundete zu beklagen. (Lebhaftes Hört! Hört!) Zivilpersonen sind ermordet worden. Der Eisenbahnverkehr im Aufstandsgebiet ist lahmgelegt worden. Im Bezirk Halle sind Attentate gegen Bahnanlagen verübt und Bahngebäude zerstört worden. Der angerichtete Schaden wird auf 8 Millionen Mark veranschlagt. (Hört! Hört!) Städte und Dörfer sind durch Feuer und Plünderungen schwer geschädigt worden. Die arbeitende Bevölkerung hat starke Ausfälle am Lohne erlitten. Nach Mitteilung der Berliner Gewerkschaftskommission sind 20 000 Arbeiter erwerbslos geworden. Das Reich des Herrn Hörsing ist zu einem Trümmerhaufen des Staatsgedankens geworden. (Sehr richtig! rechts.) Es ist ja kein Zufall, daß es gerade in dieser Musteranstalt nachrevolutionärer Verwaltung zu solchen Zuständen kommen muß. (Heiterkeit.) Nachdem sich Herr Hörsing als oberschlesischer Staatskommissar unmöglich gemacht hatte, fiel er die Treppe hinauf und wurde Oberpräsident. (Erneute Heiterkeit.) Seine Provinz ist zu einem Versuchslaboratorium für unabhängige und kommunistische Landratsämter geworden. Unerhört sind die Vorgänge in Sangerhausen, welcher Stadt ein Schaden von 3 Millionen Mark erwachsen ist. So etwas konnte sich nur unter dem Regime des Herrn Hörsing ereignen. (Große Unruhe. Zurufe links: „Wollen Sie provozieren?“) Amt und Gemeindevorsteher luden ganz offen zum Eintreten in die rote Armee ein. Obwohl in den schweren Kämpfen bei einem Ort die Sicherheitswehr zwei Offiziere und eine große Reihe von Mannschaften eingebüßt hatte, ordnete Herr Hörsing an, daß die Kommunisten nicht verfolgt werden sollten, die ihre Waffen abliefern würden. (Lebhaftes Hört! Hört! rechts.) Es fehlte nur noch, daß Herr Hörsing diesen Leuten die Peters-Entwaffnungsprämien ausgesetzt hätte (Heiterkeit). Daß er gegen das Entwaffnungsgesetz verstoßen hat, weiß er offenbar gar nicht. Oberpräsidenten scheinen heute gar keine Zeit mehr zu haben, ihre Nase in den Reichs- und Staatsanzeiger zu stecken. (Sehr gut! rechts. Großer Lärm links.) Hörsing ist nicht einmal auf den Gedanken gekommen, das wichtige Leunawerk zu sichern. Unter den Augen des Herrn Severing ist es geschehen, daß die „Mansfelder Volkszeitung“, die von dem Kommunisten Josef Schneider geleitet wird, durch den Kreisausschuß 50 000 Mk. Unterstützung erhielt. (Anhaltender Lärm bei den Kommunisten.) Es verlautet aber nichts, daß der sächsische Oberpräsident dem privaten Erwerbsleben zurückgegeben werden soll. (Große Heiterkeit.) So sieht die Demokratisierung der Verwaltung aus. (Lebhafte Aha-Rufe links.) Wir verlangen von der Regierung, daß sie sich der Hinterbliebenen der gefallenen Sicherheitsleute annimmt. In zahlreichen Fällen sind sie von dem verrohten Pöbel in bestialischer Weise verstümmelt worden. Einem Offizier hat man drei Handgranaten um den Leib gebunden und dann eine Zündschnur entzündet. Nicht eine Spur ist von ihm übrig geblieben. (Anhaltende Bewegung. Großer Lärm bei den Kommunisten und Zurufe: „Lüge!“) Zum Vorwurf machen wir vor allem die ungenügenden Abwehrmaßnahmen vorbereitender Art. Besonders unreife, jugendliche Elemente haben sich hier hervorgetan. Auch in der Vertretung dieses Hauses gibt es ja eine Anzahl von Herren, denen frischer Jugendschmelz die tatenfrohe Stirne schmückt. (Große Heiterkeit. Zurufe der Kommunisten: „Bei Ihnen könnte man ja mit 18 Jahren Kaiser werden!“) Die Kommunisten wurden sogar in russische Litewken gekleidet. (Gelächter bei den Kommunisten.) Am Narrenseil ausländischer Juden haben sich verhetzte deutsche Arbeiter gegen ihr eigen Fleisch und Blut führen lassen. (Lebhafte Zustimmung. Anhaltender Lärm bei den Kommunisten.) Ungestört können bei uns russische Regierungsvertreter bolschewistische Propaganda treiben. Der schwerste Vorwurf ist Herrn Severing deshalb zu machen, daß er das Eingreifen der Reichswehr verhindert hat. (Lebhafter Beifall rechts.) Früher legte man die oberste Gewalt in die Hände eines obersten Führers (Zurufe links: Aha!), um eine einheitliche Leitung zu erzielen. Das gilt heute natürlich nicht. Die Reichswehr könnte sich ja dabei Lorbeeren erwerben. Wäre das Industriegebiet mit starken Polizei- und Reichswehrkräften besetzt worden, so hätten viele Opfer an Gut und Blut erspart werden können. Diese Opfer kommen auf das Konto der geistigen Entladungspolitik des Herrn Ministers Severing. (Heiterkeit.) „Moskau“ und die „Rote Fahne“ erklären, daß jetzt nur Waffenstillstand ist. (Zurufe bei den Kommunisten: Sehr richtig! Hört! Hört! rechts und in der Mitte.) Es wäre erwünscht, wenn der Entwaffnungskommissar in Zukunft weniger Bedacht darauf legte, den Bürgern und Arbeitern die letzte Pistole und den letzten Revolver zum Schutze gegen Räuber und Mörder abzunehmen und dafür lieber den mit Minenwerfern, Handgranaten und Gewehren so reich assortierten Waffenlagern der Kommunisten erhöhte Aufmerksam zuwenden wollte. Daß der Minister Severing die Bevölkerung so viele Tage lang in Angst und Schrecken gelassen hat, berührt ihn weiter nicht. Es handelt sich ja nur um das Bürgerpack. Hier im Berliner Regierungsviertel waren die Maschinengewehre mit merkwürdiger Schnelligkeit zur Hand. Es handelt sich um eine vollendete Bankerotterklärung aller staatlichen Autorität und Selbstbehauptung. Herrn Severings Staat will auch gar nicht den Schutz der ruhigen Bevölkerung übernehmen, sondern diesen bei den kommunistischen Brandherden gewissermaßen als Streichfläche benutzen. Die Zeit, wo man etwas derartiges stillschweigend hingenommen hat, ist heute glücklicherweise vorbei. Das Ministerium, dem der Schutz der Ruhe und Sicherheit im Lande und seiner Bewohner anvertraut ist, muß in andere Hände gelegt werden.

Abg. **Eberlein** (V. K. P. D.)

begründet einen Antrag seiner Fraktion, dem Staatsministerium das Vertrauen zu entziehen. In Nordhausen sind 18 Angeklagte in 5 Stunden zu 88 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Im ganzen sind 3642 Arbeiter ins Gefängnis gewandert. In Halle ist nachgewiesen worden, daß Gerichts- und Polizeibehörden nicht ohne Spitzel und Provokateuren auskommen können. Die Attentate in Mitteldeutschland haben mit der kommunistischen Partei nichts zu tun. (Gelächter.) Der sozialistische Minister Severing ist geschickter als seine konservativen Amtsvorgänger. Er schickt seine Halunken in die kommunistische Partei selbst hinein. (Unruhe bei den Sozialisten.) Sturz der deutschen Bourgeoisie, der deutschen Regierung und Verbrüderung mit dem russischen Proletariat: Die Deutschnationalen gefallen mir besser als die Mehrheitssozialisten. (Stürmisches anhaltendes Gelächter.) Wir rufen das revolutionäre Proletariat zu neuen Kämpfen auf.

Abg. **Krüger** (Soz.)

begründet den Antrag, wonach die Sondergerichte auf die Bezirke beschränkt werden sollen, in denen der Ausnahmezustand verhängt worden ist aus Anlaß der letzten Unruhen. Wir wollen Sicherheiten haben für ein geordnetes Verfahren. Jugendliche sollen nur vor ordentliche Gerichte gestellt werden. Daß die Reichswehr nicht eingesetzt wurde, war ein Akt politischer Klugheit. Ohne Orgesch, ohne Kapp-Putsch hätten die Kommunisten nicht halb soviel Anhang. Die Kommunisten geben selbst zu, daß der Putsch von ihnen ausging. Die Kommunistenzentrale ist von Führern besetzt, die nicht an die Spitze einer politischen Partei, sondern in eine Kaltwasserheilanstalt gehören. (Lebhaftes sehr richtig!) Gewalt und Ungesetzlichkeit sind die Kampfmittel der Kommunisten. Eberlein und die anderen, die das Blutvergießen über die Arbeiterschaft gebracht haben, haben kein Recht, sich an das Proletariat zu wenden. Die Arbeiterschaft haben sie gerufen, gekommen sind Verbrecher und Lumpenproletarier. (Lebhafter Beifall. Großer Lärm bei den Kommunisten.) Wir verlangen Beseitigung der Sondergerichte. Sie (zu den Kommunisten) haben längst gemerkt, daß die Arbeiterschaft sich nicht von ihnen länger mißbrauchen lassen will. Nach den alten Methoden von vor dem Kriege kann das deutsche Volk aber nicht mehr regiert werden. Nicht kommunistische oder deutschnationale Vabanquepolitik, sondern sozialistische Wiederaufbaupolitik wird das deutsche Volk wieder hochbringen.

Abg. **Kleinspehn** (Unabh.) begründet die große Anfrage seiner Fraktion über die Aufhebung der Sondergerichte, die Verordnungen über Belagerungszustand und des Schießerlasses des Ministeriums des Innern. Die kommunistische Partei wurzelt in den Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft. Deshalb setzte sie anstelle des Klassenkampfes den Bürgerkrieg. — Der Antrag **Eberlein** (Komm.), der Regierung das Vertrauen zu entziehen, muß nach Feststellung durch den Präsidenten Leinert von der Tagesordnung abgesetzt werden, da er nicht genügend unterstützt ist.

Freitag 1½ Uhr: Kleine Anfragen. Uebergang der Wasserstraßen auf das Reich. Fortsetzung der Beratung über die Unruhen in Mitteldeutschland.

Noch keine Kabinettsbildung Stegerwalds

Ministerpräsident Stegerwald versuchte gestern erneut, die sogenannte große Koalition zustande zu bringen. Er hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Sozialdemokraten die Portefeuilles des Innern und der Finanzen erhalten. Das Handelsministerium soll von den Demokraten, das Ministerpräsidium und Ministerium für Volkswohlfahrt vom Zentrum besetzt werden. Auch die Deutsche Volkspartei soll zwei Portefeuilles erhalten. Die Sozialdemokraten haben diese Vorschläge aber abgelehnt, sodaß der Gedanke der großen Koalition endgültig als gescheitert betrachtet werden kann. Für ein Geschäftsministerium besteht sowohl bei den Sozialdemokraten wie auch bei den Demokraten wenig Neigung. Ein Kabinett lediglich aus Zentrum und Demokraten hätte wenig Aussicht auf wohlwollende Unterstützung der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei. Augenblicklich sind damit alle Kombinationen Stegerwalds hinfällig geworden.

Eine Anzahl landwirtschaftlicher Verbände hat an Ministerpräsident Stegerwald ein Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt: Das preußische Landvolk fordert, daß bei der Neubildung der preußischen Regierung an die Spitze des Landwirtschaftsministeriums ein Fachmann gestellt wird, zu dem die Landwirtschaft Vertrauen hat. Das preußische Landvolk fordert weiter die Besetzung des preußischen Ministeriums des Innern durch eine Persönlichkeit, welche die innere Verwaltung in dem Sinne leitet, daß Schutz und Ordnung auf dem Lande zur Weiterführung einer geregelten landwirtschaftlichen Erzeugung gewährleistet wird. Das preußische Landvolk fordert, daß das Kultusministerium einer Persönlichkeit übertragen wird, welche die Gewähr bietet, daß alle sittlichen Volkskräfte gefördert werden und die Erziehung der Jugend in christlichem und deutschem Sinne erfolgt.

Der Etat für 1920 — 134 Milliarden.

(TU) Der Reichsrat genehmigte den Nachtragsetat für 1920, der, wie der Ministerialdirektor Sachs hervorhob, im wesentlichen nur eine neue Staffelung der Beamten entsprechend dem Gesetz vom Dezember 1920 enthält. Der Etat für 1920, der bisher im ordentlichen Etat mit 39,9 Milliarden und im außerordentlichen Etat mit 69,6 Milliarden abschloß, erfährt durch den Nachtragsetat eine Erhöhung im ordentlichen Etat auf 44,5 Milliarden und im außerordentlichen Etat auf 89,6 Milliarden. Insgesamt erreicht der Etat für 1920 die Summe von 134 Milliarden gegenüber 3,4 Milliarden im Jahre 1914. Die Erhöhung beträgt also das 45fache.

Zur Annahme der 50%igen Taxe in der französischen Kammer.

(TU) Die Kammer hat gestern die Beratung über den Gesetzentwurf betr. die Erhebung einer Taxe von 50% auf die deutsche Einfuhr beendet. Die Generaldiskussion wurde geschlossen und die Kammer trat in die Besprechung der einzelnen Artikel ein. Zu Artikel 7 brachte der Abg. Outrey einen Zusatzantrag ein, der Garantien für die Wahrung der Rechte der Franzosen verlangt, die Bestellungen in Deutschland gemacht und den deutschen Verkäufern Vorschüsse bewilligt haben. Der Finanzminister war damit einverstanden. Es wurde sodann ein weiterer Zusatzantrag eingebracht, der Derogationen (Aufhebung) für die Sendungen verlangt, die Deutschland vor dem 17. März 1921 verlassen haben. Der Antrag wurde ebenfalls angenommen. Die Kammer nahm sodann einen Antrag des Abg. Lerot an, der das System der Derogationen auf Elsaß-Lothringen ausdehnt. Ein weiterer Antrag, der die Anwendung des Gesetzes bei der Ausführung durch die übrigen Alliierten anordnet, wurde abgelehnt. Schließlich wurde das gesamte Gesetz mit 383 gegen 79 Stimmen angenommen.

Zum Ruf nach dem Ruhrgebiet bereit?

Echo de Paris hatte gestern vormittag gemeldet, im Falle der Besetzung des Ruhrgebietes sei die Einberufung von 2 Jahresklassen vorgesehen, Liberté dagegen erklärt, daß noch keine Entscheidung über diesen Gegenstand getroffen worden sei. Die französische Regierung verhandele mit den alliierten und den militärischen Sachverständigen. Die Entscheidung hänge von den Ereignissen ab, die vor oder nach dem 1. Mai eintreten könnten. Das Kommunistenblatt L'Internationale teilt jedoch mit, es wisse bestimmt aus bester Quelle, daß die angekündigte Mobilisierung nicht nur vorbereitet worden, sondern schon zum Teil in der Ausführung sei. Die Offiziere der zwei von der Mobilisation betroffenen Jahresklassen hätten die Aufforderung erhalten, sich für den ersten Ruf bereit zu halten. — „Corriere della Sera“ meldet aus Paris, es werde dort versichert, daß bereits die Bedingungen für die Besetzung des rheinisch-westfälischen Kohlengebietes studiert werden für den Fall, daß Deutschland bis zum 1. Mai nicht zahle und keine Garantien leiste. Die französische nationalistische Presse erörtert die Frage einer etwaigen Besetzung Süddeutschlands durch französische Streitkräfte.

Lloyd George teilte im Unterhause mit, daß kein Abkommen mit Frankreich über Sanktionen getroffen worden sei für den Fall, daß Deutschland bis 1. Mai seine Verpflichtungen nicht erfüllen sollte.

England erwartet deutsche Vorschläge.

Reuter veröffentlicht folgende Erklärung: Die deutsche Regierung hat in der Entschädigungsfrage noch keine neuen Vorschläge gemacht. Man glaubt indes in maßgebenden englischen Kreisen, daß Deutschland nicht zögern wird, neue Angebote zu unterbreiten, da die jetzt in Anwendung befindlichen Strafmaßnahmen, an denen fast alle Unterzeichner des Versailler Vertrags mitwirken, einen sichtlichen Einfluß auf die deutsche Industrie haben. Es ist klar, daß weite Teile der öffentlichen Meinung Deutschlands in ihrer Hoffnung auf Meinungsverschiedenheiten unter den Verbündeten sich getäuscht sehen. Sie legen sich davon Rechenschaft ab, daß, wenn Deutschland den Friedensvertrag weiterhin nicht durchführen wird, hieraus die schwersten Folgen entstehen können. Diese Kreise bestehen nunmehr darauf, daß die deutsche Regierung etwas unternehmen müsse. Man darf versichert sein, daß jedes vernünftige neue Angebot, das von dem ernsthaften Wunsch eingegeben ist, den berechtigten Ansprüchen der Verbündeten gerecht zu werden, die volle Aufmerksamkeit der englischen Regierung haben wird.

Ein neutrales Vermittlungsangebot.

Wie die „Germania“ mitteilt, hat eine neutrale Macht ihre Vermittlung beim Präsidenten Harding für neue deutsche, zahlenmäßig bestimmt festgelegte Vorschläge angeboten. Die „Germania“ behauptet, daß im Reichsministerium die Meinung vorherrsche, man dürfe diese Vorschläge nicht zurückweisen. Das dem Reichskanzler nahestehende Blatt schreibt hierzu weiter: Unsere Nachricht lautet erfreulicherweise dahin, daß im Reichskabinett mindestens der Wille zum Ausdruck gekommen ist, die deutsche Politik spätestens bis Ende dieser Woche aktiv werden zu lassen. Wir sind auch überzeugt, daß Träger dieses Willens an den maßgebenden Stellen vorhanden sind, die es ablehnen, fernerhin lediglich eine Politik des Zuschauens zu machen und sich von diesem Entschluß am allerwenigsten durch den Erzberger-Trick der „Täglichen Rundschau“ abbringen zu lassen. (Die „Tägliche Rundschau“ hatte gesagt, daß Erzberger neuerdings wieder geschäftig seine Finger in politischem Spiele hätte.) Vergeht diese Woche, ohne daß Personalveränderungen in der Reichsregierung eintreten, so werden wir das als einen Beweis dafür annehmen, daß die „Einmütigkeit“ von gestern zur Steuerung eines politischen Kurses geführt hat, bei dem man auf eine ausreichende Wahrung der Reichsinteressen rechnen kann.

Deutschland soll 481 Lokomotiven an Polen abliefern.

(TU) Das Polenblatt „Dziennik Berlinski“ teilt mit: Nach dem Beschluß der Reparationskommission muß Deutschland an Polen noch 481 Lokomotiven abgeben. Auf Verlangen des Bevollmächtigten der polnischen Regierung, Ingenieur Alfred Falter, hat der Präsident der Kommission, der japanische Delegierte Fujita Tanaka entschieden, daß 354 Lokomotiven in gutem Zustande umgehend abgeliefert werden müssen und der Rest von 127 Lokomotiven nach erfolgter Reparatur in deutschen Werkstätten. Gegen diese Entscheidung hat die deutsche Regierung Einspruch erhoben, den aber die Botschafterkonferenz in Paris zurückgewiesen hat, indem sie erklärt, daß der Präsident der Kommission Tanaka, in allen die Verteilung der Eisenbahn-Parks betreffenden Angelegenheiten das Recht eines Schiedsrichters mit unbeschränkter Vollmacht besitze und seine Entscheidung endgültig sei. In der letzten Sitzung der Kommission hat der Bevollmächtigte der deutschen Regierung, Präsident Sarre, erklärt, daß die deutsche Regierung, obwohl sie ihren im Protest dargelegten Standpunkt aufrecht erhalte, bereit sei, die Abgabe der Lokomotiven durchzuführen. Die Abgabe der 354 Lokomotiven müßte am 1. 5. beginnen und in 14 Tagen durchgeführt sein. Die Verhandlungen über die Verteilung von Personen- und Güterwagen und des Reservematerials sind noch im Gange.

Noch kein Arbeitsfriede in England.

(TU) Im Bergarbeiterkonflikt wurde gestern morgen ein neuer Versöhnungsversuch gemacht. Der Dreibund der Arbeiter hatte bei Lloyd George um eine Besprechung nachgesucht. Die Konferenz des Premierministers mit den Arbeitervertretern dauerte von 11 bis 1 Uhr. Beim Verlassen der Sitzung erklärte Thomas, der Führer der Eisenbahner, er sehe noch keine Aussicht für eine Verständigung. Der Versöhnungsversuch scheint daher gescheitert zu sein.

Westfalen und Rheinland.

Unsere Siedlungsbauten.

Kamen, 15. April. Der Westen unserer Stadt hat seit Monaten ein ganz anderes, hübsches Gesicht erhalten. In schmucken Farben, umstrahlt von hellem Sonnenstrahl, erhebt sich die von der Kamener Siedlungsgesellschaft gebaute Siedlung: 6 Häuser, zu denen sich in diesem Jahre mindestens noch 24 Villen zugesellen werden. Saubere Zäune umschließen die zugehörigen Gärten, in die arbeitsfrohe Hände das Samenkorn legten und aus denen das erste Grün jetzt sich hervorwagt, um sich weiter zu entfalten. In verständnisvoller Weise sind Anpflanzungen vorgenommen worden, sodaß die hübschen Häuser bald im Schmucke des Grüns prangen werden. Auch auf das elektrische Licht werden die Bewohner nicht mehr lange zu warten brauchen. Sang- und klanglos ist die Siedlung in Benutzung genommen worden, aber es lohnt sich doch, ihrer Entstehung einige Worte zu widmen. Schon von jeher sind die Wohnungsverhältnisse in unserer Stadt keine erquicklichen gewesen. In kleinen, niedrigen, winkligen Häusern, die manchen Raum bergen, in den kein Tageslicht fällt, andererseits in höchst unschönen Mietshäusern, die die schönen Höfe Vogelhof, Rungenhof usw. erdrückt haben, wohnt die überwiegende Mehrzahl der Kamener Bürger. In und nach dem Kriege war die Wohnungsnot immer mehr gestiegen. Nach Rückkehr des Bürgermeisters Dr. Wiesner wurde der Bau von Wohnungen mit aller Energie in Angriff genommen. Welche Schwierigkeiten sich diesem Vorhaben entgegenstellten, davon haben wohl nur die Wenigsten eine Ahnung. Wenn die städtischen Akten jedermann zugänglich wären, so würde wohl noch mehr Freude darüber herrschen, daß es trotz allen Schwierigkeiten doch gelungen ist, die Siedlung im Westen aufzuführen. Das Wichtigste an ihr ist ja nicht ihre Größe und ihre Ausführung im einzelnen, sondern daß mit ihr der Damm gebrochen wurde, der über manchem in Kamen lag. Es wurde bezweifelt, daß es möglich wäre, die Bauten zu finanzieren. Vom Reiche sei ja doch nichts zu erwarten, denn dieses werde in 8 Wochen bankrott sein, und wie die Befürchtungen alle lauteten. Ja, in einem Eingesandt (15. Mai 1919) der Kamener Zeitung wurde die Oeffentlichkeit dringend vor Enttäuschungen gewarnt, da ja „sicher nicht daran zu denken sei, daß ein Landstädtchen wie Kamen Zuschüsse vom Staat erhalten würde" und daß es „gar keinem Zweifel unterliege, daß der Staat einen Zuschuß niemals zahlen kann". Wie unrecht hat doch der anonyme Einsender dieses Eingesandts gehabt. Daß er schon nicht wagte, mit seinem Namen hervorzutreten, läßt einen Schluß auf seine guten Absichten und seine Sachkunde zu. Eine Wendung zum Besseren in der Stimmung der Bürgerschaft trat wohl erst durch den Vortrag des Bürgermeisters über „Wohnungsnot und Kleinhaussiedlung" bei Bergheim am 16. Mai 1919 ein. Verkehrsverein und Kamener Zeitung sowie der damalige Arbeiterrat unterstützten in verständnisvoller Weise die Bestrebungen des Bürgermeisters, sodaß schließlich die Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Gründung der Kamener Siedlungsgesellschaft und die Uebernahme der erforderlichen städtischen Leistungen beschloß. Rüstig ging es nun voran. Das Gelände, welches im freien Ankauf zum Teil nur zu übertriebenen Preisen zu haben gewesen wäre, wurde kurz entschlossen mit Hilfe der Regierung zu angemessenem Preise enteignet, die Anträge auf Reichs- und Staatszuschüsse wurden unverzüglich gestellt. Die von den Stadtverordneten als städtischen Zuschuß bereits bewilligte hohe Summe — es handelte sich um Hunderttausende — wurde jedoch, was wohl auch noch viel zu wenig bekannt ist, gespart. Den Bemühungen des Bürgermeisters gelang es, die Siedlung bei der Treuhandstelle in Essen zu finanzieren, sodaß nunmehr die Stadt für die Siedlung gar kein Geld aufzuwenden brauchte. Da der Antrag der Stadt Kamen bei der Treuhandstelle einer der zuerst gestellten war und einschränkende Bestimmungen erst allmählich in Kraft traten, so war die Finanzierung durch die Treuhandstelle für die Stadt Kamen eine besonders günstige. Es ist eine schöne Pflicht der Dankbarkeit, auch an dieser Stelle aller derjenigen zu gedenken, die das Zustandekommen der Siedlung gefördert haben. Es ist dies neben den oben Genannten insbesondere auch Herr Stadtbaumeister Kemna, der unermüdlich für die Sache tätig gewesen ist. Die Siedlung steht schmuck im Westen, ein Zeichen von Tatkraft und Unternehmungslust, der Stadt zur Ehre, den Einwohnern zur Freude; bodenständige Leute sollen darin wohnen, die ihre Scholle lieb gewinnen und auf alten Fluren guten Bürgersinn pflegen. Die alten Flurbezeichnungen sind wieder in den Straßennamen erstanden. Namen wie „In den Westen-Zäunen, Am Westenborn, Am Hilfingswege und Am hohlen Wege" sind ohne weiteres verständlich, aber auch die alte Flurbezeichnung „Lintgehr" ist wieder gewählt worden. Nach Erkundigungen bei Herrn Geheimrat Eickhoff in Hamm, Herrn Pastor Prein in Hohenlimburg und Herrn Direktor Jellinghaus in Osnabrück, die ihre große Freude über das Wiedererstehen der alten Flurnamen ausdrückten, kommt der Name von dem alten Gehr, dies bedeutet „Waffe, Spieß, Spitze", her, sodaß Lintgehr einen auf die Spitze eines Berges führenden, mit Linden bestandenen Weg bedeutet.

Freuen wir uns über das bisher Erreichte, freuen wir uns, wenn helle freundliche Häuser uns im Westen grüßen, verbinden wir aber damit auch die Dankbarkeit gegen die, welche sich für die neue Siedlung einsetzten. Und da ist es in erster Linie unser Bürgermeister Dr. Wiesner, welcher mit aller Tatkraft und unbeirrt aller gegenteiligen Ansichten das einmal gesteckte Ziel verfolgte, die Lösung der Frage zu einem guten Ende führte und dem Westentor ein helles und freundliches Aussehen gab.

*

Kamen, 15. April. (Verschiedenes.) Es wird hiermit auf das **Verbot des Badens in der Ruhr**, besonders in der Nähe der Hohensyburg-Fähre (am Fuße der Hohensyburg) hingewiesen. Abgesehen von dem bestehenden polizeilichen Verbot ist das Baden in der offenen Ruhr mit großer Lebensgefahr verbunden; im Sommer vorigen Jahres sind beim Baden an der genannten Stelle verschiedene Todesfälle durch Ertrinken vorgekommen.

Die Gewerbebank Kamen hielt am Mittwoch abend bei Bergheim ihre diesjährige Generalversammlung ab, die von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Carl von der Heide geleitet wurde. Den Bericht über das verflossene Geschäftsjahr erstattete Herr Heinrich Frielng. Auch im letzten Jahre hat sich die Bank gut entwickelt. Die Umsätze stiegen von 40 Millionen in 1919 auf 96 Millionen Mark in 1920. Der Reingewinn beträgt 12 367 Mark. Das Bestreben der Bank geht nicht dahin, besonders hohe Gewinne zu erzielen, sondern sie will ein gemeinnütziges Institut sein und den Mitgliedern angenehme und bequeme Bankverbindungen geben. Die Mitgliederzahl ist von 138 auf 175 gestiegen. Dadurch ist bewiesen, daß die Gewerbebank und der Leiter Herr Rudolf Köhling es verstanden, sich das Vertrauen der Gewerbetreibenden zu erwerben. Herr Fruelng schloß mit dem Wunsche, daß die Bank Allgemeingut sämtlicher Gewerbetreibenden werde. Der vorgeschlagene Gewinn-Verteilungsplan wurde genehmigt. Danach werden 5% Dividende verteilt, 2 475,40 Mark werden dem gesetzlichen Reservefonds, 2 473,40 dem außerordentlichen Reservefonds, 1000 Mark dem Hülfsfonds überwiesen und 4 352,81 Mark auf neue Rechnung vorgetragen. Dem Vorstand und Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Etling und Carl von der Heide wurden auf 3 Jahre wiedergewählt. Unter Verschiedenes gab der Rendant Köhling Aufschlüsse über das Wesen der Genossenschaftsbanken und Stadtbanken. Gewünscht wurde, daß die Mitglieder weitere Anteile zeichnen möchten. Damit fand die Versammlung ihr Ende.

Die neue Lustbarkeitssteuer des Amtes Unna-Kamen hat in allen Gemeinden des Amtes große Erregung hervorgerufen. Die Vereine, die doch überwiegend edle und ideale Zwecke verfolgen und die während des Krieges und in der Nachfolgezeit vielfach ihr Können und Wissen in den Dienst der Wohltätigkeit stellten, glauben eine derartige Belastung nicht ertragen zu können und fühlen sich durch die neue Lustbarkeitssteuer in empfindlichster Weise in ihrer Existenz bedroht. Um zu der neuen Lustbarkeitssteuerordnung Stellung zu nehmen, fanden sich am letzten Sonntag im Lokale des Herrn Schulz zu Westick Vertreter von 47 Vereinen aus Westick, Methler u. Wasserkurl zusammen, um schärfsten Protest dagegen einzulegen. Allgemein war man der Ansicht, daß es ohne Steuern nicht abgehe, aber eine solche hohe Steuer anläßlich einer Festlichkeit zu entrichten, dazu sei kein einziger Verein in der Lage. So sollte u. a. der Junggesellenklub Kaiserau für seine Festlichkeit am 10. April 3000 Mark im Voraus als Lustbarkeitssteuer entrichten. Welcher Verein von Kaiserau usw. wäre wohl dazu in der Lage und welcher Vereinsvorstand wollte ein solches Risiko übernehmen? Es wurde im Verlauf der Debatte beschlossen, an die Gemeinde-Vertreter von Westick, Methler und Wasserkurl ein Schreiben zu richten mit der Bitte um Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer. Eine Antwort darauf wird bis zum 17. April erwartet. Sollte diesem Wunsche nicht stattgegeben werden und eine Ermäßigung nicht erfolgen, dann wird vom 1. 5. 21 bis 1. 5. 22. keine Festlichkeit veranstaltet werden. Diesem Beschluß wurde von allen 47 Vereinen zugestimmt und beigetreten. Am Sonntag morgen 10 Uhr findet bei Schulz abermals eine große Versammlung statt, in der weiter zu der schwebenden Frage Stellung genommen wird. Fest steht, daß sich alle Städte und Gemeinden in großer Finanznot befinden, man sollte aber nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und den Vereinen durch allzustarke Belastung den Lebensnerv abschneiden. Bleiben die Vereine ihrem Beschlusse treu, dann fließen überhaupt keine Gelder in die Lustbarkeitssteuer-Kasse des Amtes resp. der Gemeinden und damit würde das Gegenteil von dem erreicht, was man mit der Verkündung der neuen Lustbarkeitssteuerordnung anstrebte. Ganz abgesehen davon, daß auch das Gewerbe starke Verluste erleiden würde. Hoffentlich verschließen sich die Gemeinde- und Amtsvertreter den berechtigten Wünschen auf Ermäßigung nicht, sie dienen damit dem stark pulsierenden Vereinsleben in unseren Gemeinden aber auch der Beseitigung der Finanznöte des Amtes.

In Steuerangelegenheiten und Materteilung ist der Beamte des Finanzamtes Hamm im Hause Markt 4, Zimmer 1, am 21., 25., 28. und 30. April, nachmittags von 1¼ Uhr an, zu sprechen.

(Fortbildungsschule zu Kamen.) Im heutigen Anzeigenteil wird der Gesamtstundenplan der hiesigen Fortbildungsschule zur Kenntnis gebracht. Zum Verständnis sei erwähnt, daß die Klassen mit „U" die neueintretenden Lehrlinge, die „M"-Klassen die Lehrlinge aus 1920 und die „O"-Klassen die älteren Lehrlinge aufnehmen. Neu ist die Angliederung der kaufm. Klassen. Die bisherige Unterstufe wird in eine „M I"-Lehrlings- und eine „M II"-Lehrmädchen-Klasse geteilt. Neue Kaufmannslehrlinge und Lehrmädchen treten am Dienstag früh um 7 Uhr in der Auguste-Viktoria-Schule ein. Ferner haben von jetzt an auch die Putzmachermnen Zeichenunterricht und zwar mit einem Teil der Schneiderinnen in Farbenkunde, Geschmacksbildung usw. Mittwochs von 4—6 Uhr. Außerdem werden noch freiwillige Kurse in Maschinenschreiben, Stenographie und Kunst- und Reklameschrift in den Abendstunden erteilt. Anmeldungen dazu nehmen die Herren Lehrer entgegen.

(Die Fleischpreise.) Zu der Notiz „Die hohen Fleischpreise" in Nr. 83 unserer Zeitung wird uns zur Richtigstellung mitgeteilt, daß die Metzger selbst sich an die Preisprüfungsstelle gewandt haben, und daß an Hand der beigebrachten Unterlagen festgestellt ist, daß im allgemeinen das Fleisch nicht billiger abgegeben werden konnte. Im übrigen regelt sich wie bei allen anderen Sachen so auch bei Fleisch, der Verkauf nach dem Einkauf.

(Wieder Sonntagsfahrkarten.) Der Ruhrverkehrsverband war an den Reichsverkehrsminister um Wiedereinführung der Sonntagsfahrkarten herangetreten. Dem Verbandsdirektor ist vom Reichsminister Groener nun mitgeteilt worden, daß die Wiedereinführung der Sonntagskarten in Kürze bestimmt zu erwarten ist, und zwar nicht nur für den Ruhrkohlenbezirk, sondern für das ganze Gebiet der Reichseisenbahnen.

(Bahnbeförderung von Kriegsbeschädigten.) Allen Kriegsbeschädigten, die sich noch in einer ehemals militärischen Kur- und Heilanstalt befinden, wird von sofort ab auf den deutschen Reichseisenbahnen Fahrpreisermäßigung gewährt. Sie werden in der 3. Klasse der Eil- und Personenzüge zum halben Fahrpreis der vierten Klasse befördert, und zwar bei Urlaubsreisen, die sie aus eigenen Mitteln bestreiten. Schnellzugbenutzung ist gegen Lösung der Zuschlagkarte 3. Klasse gestattet, wenn die Reiseentfernung mehr als 150 Kilometer beträgt. Vier Tage nach und vor den Festen, sowie an den Feiertagen selbst, kann die Benutzung von Schnellzügen jedoch nur bei Entfernungen von 300 und mehr Kilometern gewährt werden. — Für Rollstühle der Kriegsverletzten, die bisher auf den Eisenbahnen gebührenfrei befördert wurden, darf die frachtfreie Beförderung nur dann gewährt werden, wenn die Kriegsbeschädigten selbst zu ermäßigten Fahrpreisen befördert werden, oder wenn die Kriegsbeschädigten einen Begleiter mit sich führen, der freie Fahrt erhält.

(Verständigungsgrundlage zwischen Bergarbeitern und Zechenverband.) In den gestrigen Verhandlungen zwischen den Vertretern des Zechenverbandes und der Bergarbeiterverbände über die Ueberschichten- und Lohnfrage wurde die Grundlage zu einer Verständigung gefunden. Ueber einzelne strittige Punkte wird in den nächsten Tagen noch verhandelt.

(Die Befugnisse der Elternbeiräte.) Als Antwort auf eine Beschwerde einer Elternversammlung hat der Minister Haenisch sich über die Befugnisse der Elternbeiräte ausgesprochen. Der Minister glaubt nachdrücklich darauf hinweisen zu müssen, daß es nicht zu den Aufgaben der Elternbeiräte gehört, sich mit Disziplinangelegenheiten der Lehrkräfte einer Anstalt oder mit Maßnahmen zu befassen, die gegen solche Lehrkräfte von der Schulaufsichtsbehörde im Interesse des Dienstes getroffen werden müssen. Der Minister lehnt es weiter grundsätzlich ab, solche Maßnahmen erst nach Fühlungnahme mit dem Elternbeirat zu treffen, um so mehr, als damit im Widerspruch zu der geltenden Beamtengesetzgebung dem Elternbeirat eine unzulässige Beteiligung an der Aufsichtsgewalt über Lehrpersonen zugestanden werden würde. Da diese Aufsichtsgewalt und alle disziplinarischen Befugnisse auch gegenüber Lehrkräften an nichtstaatlichen Anstalten nach geltendem Recht ausschließlich der staatlichen Schulaufsichtsbehörde vorbehalten sind, wird es vom Ministerium, unbeschadet der Rechte der Selbstverwaltung, gleichfalls grundsätzlich abgelehnt, einem von städtischen Körperschaften einzusetzenden Ausschuß ein Recht zur Nachprüfung seiner Entscheidung einzuräumen.

(Meisterkurse für die Provinz Westfalen.) Am 6. Juni 1921 beginnt je ein achtwöchiger Meisterkursus für Schuhmacher, Schneider, Schreiner. Aufgenommen werden Meister und solche Gesellen, die sich in Kürze selbständig machen wollen und die Gesellenprüfung abgelegt haben. Das Unterrichtsgeld beträgt 200 Mark für den Kursus. Bedürftigen Teilnehmern kann eine Beihilfe zum Lebensunterhalt bewilligt werden. Anmeldungen sind bis spätestens 15. Mai 1921 unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, eines amtlichen Führungszeugnisses und der Ausweise über die Lehrlings-, Gesellen- und gegebenenfalls Meisterverhältnisse an den Leiter der Kurse in Dortmund, Brüggmannstraße 25 (Handwerker- und Kunstgewerbeschule) einzureichen. Die westfälischen Handwerkskammern sind zur weiteren Auskunfterteilung gern bereit. Die nächstfolgenden Kurse sollen Mitte Oktober 1921 stattfinden. Vorgesehen sind Kurse für Bau- und Möbelschreiner, Schuhmacher und Schneider.

Dortmund, 14. April. **Die Wahl des Stadtrats Dr. Neikes** aus Dortmund zum Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken ist von der Regierungskommission des Saargebiets bestätigt worden.

! **Westhofen**, 14. April. **(Fünf Jahre Zuchthaus wegen Straßenraubes.)** Das Schwurgericht in Hagen verhandelte gegen den 21jährigen Schlosser Fritz H. aus Westhofen, dem schwerer Straßenraub zur Last gelegt wird. Der aus der Strafhaft vorgeführte Angeklagte, Sohn ehrbarer Eltern, ist bereits mehrfach vorbestraft und war einige Zeit in Fürsorgeerziehung. Am 7. August v. Js. kam H. von einer Feier auf der Hohensyburg. Auf dem Mühlenwege in Westhofen ging ein junges Mädchen vor dem Angeklagten her, das ein Körbchen am Arme trug und in der Hand ein Geldtäschchen hielt. Angeklagter machte sich an das Mädchen heran, fragte, ob es ihm 50 Mark wechseln könne, und als dies verneint wurde, entriß er dem Mädchen das Geldtäschchen. Hierbei fiel aus dem Körbchen ein Umschlag mit 20 Mark, den er ebenfalls an sich nahm. Im Täschchen befanden sich 100 Mark. Er ist dann weggelaufen, aber schon bald ermittelt worden. Das Gericht erkannte auf 5 Jahre Zuchthaus, die für den vorliegenden Fall gesetzlich zulässige Mindeststrafe.

! **Hohenlimburg**, 12. April. **Eine Brieftasche mit über 1000 Mark Inhalt** ist einem alten, fleißigen Mann im Mühlendorf, der das Geld aus Angst vor Besteuerung immer mit sich herumtrug, just in dem Augenblick entwendet worden, als er seinen Rock auf einen Augenblick abgelegt hatte, um eben auf den Hof zu gehen.

? **Arnsberg**, 14. April. **Vor dem Schwurgericht** hatten sich elf Personen wegen Verbrechens gegen das keimende Leben bezw. wegen Beihilfe dazu zu verantworten. Die Angeklagten waren: die Ehefrau Amalie Becker und deren Ehemann aus Siegen, die Dienstmagd Katharina Kugelmeier aus Siegen, Auguste Diehl aus Marienborn, Ehefrau Tagliente aus Siegen, Ehefrau Johanna Humbeck aus Kreuztal, der russische Arbeiter Erich Braunstein aus Marienborn, Ehefrau Anna Demmer aus Siegen, Katharina Ceccon aus Kirchhundem, Ehefrau Julie Vetter aus Siegen und Hedwig Vogel aus Siegen. Die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführte Verhandlung dauerte bis abends 9¾ Uhr. Frau Becker wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft, die Kugelmeier und Tagliente zu je 4 Monaten und die Humbeck zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Humbeck und Tagliente billigte das Gericht eine dreijährige Bewährungsfrist. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

(W) **Attendorn**, 14. April. **(Schließung der Tropfsteinhöhle.)** Die berühmte Attendorner Tropfsteinhöhle, eine der größten und sehenswürdigsten Höhlen Westdeutschlands, ist wegen finanzieller Schwierigkeiten geschlossen worden.

? **Bochum**, 14. April. **(Schulgelderhöhung.)** Aus dem Magistrat verlautet: Da jetzt die Anmeldungen für die höheren Schulen erfolgen, ist darauf hinzuweisen, daß infolge der großen Finanznot der Städte diese allgemein gezwungen sind, auch die Schulgelder für die höheren Schulen vom 1. April 1921 ab wesentlich zu erhöhen. Hier ist dem Vernehmen nach eine Erhöhung des Schulgeldes für die städtischen höheren Lehranstalten auf 100 Prozent auf 800 Mark jährlich geplant.

** **Bochum**, 14. April. **Für die Schutzpolizei**, die augenblicklich in der Schule an der Fahrendellerstraße untergebracht ist, soll sobald als möglich eine große Kaserne an der Castroperstraße gebaut werden. Die Bausumme wird auf 16 Millionen Mark veranschlagt, deren Deckung aus städtischen und Anleihemitteln erfolgen soll. Das Gebäude soll nach Fertigstellung an den preußischen Landesfiskus verpachtet werden. Verzinsung und Tilgung von insgesamt 6½% wird vom Fiskus übernommen.

? **Bochum**, 14. April. **(Grober Unfug.)** Einem verspäteten „Aprilscherz" sind am Sonntag eine Reihe hiesiger Konditoreien zum Opfer gefallen. Es wurden bei ihnen telephonisch Bestellungen gemacht auf Torten und Gebäck an bestimmt angegebene Adressen, die zum Teil im Telephonverzeichnis aufzufinden waren. In allen Fällen aber stellte sich heraus, daß die angeblichen Auftraggeber nichts bestellt hatten. Einzelne Personen waren von den oder den unbekannten „Witzbolden" gut bedient worden, denn sie erhielten von mehreren Konditoreien Sachen zugebracht, für eine Familie waren gar 15 Torten bestellt. Mit Wehmut im Herzen ließen die Gefoppten die Torten wieder zur Konditorei zurückbringen, wo man natürlich über den Streich nicht gerade erbaut war.

*

Aufsehenerregende Enthüllungen über einen Arbeiterführer in einer Gerichtsverhandlung.

Buer, 13. April. Dieser Tage fand, wie die „Buer'sche Zeitung" meldet, vor dem Schöffengericht Buer eine Gerichtsverhandlung statt, die ein kennzeichnendes Licht auf einen „Arbeiterführer" warf, die von der Dummheit und der Gutmütigkeit anderer leben. Der Kommunist Kasper, früher auf der Schachtanlage Bergmannsglück beschäftigt, war nach mancherlei Irrfahrten aber wieder in seine sozialistische Heimat zurückgekehrt ist, hatte gegen die verantwortlichen Redakteure des mehrheitssozialistischen Parteiorgans und der Bergarbeiterzeitung Privatklage wegen Beleidigung angestrengt, weil diese Blätter einen Artikel veröffentlicht hatten, in dem Kasper als Spitzel der Reichswehr bezeichnet und von ihm behauptet wurde, er habe zum Schaden seiner Kumpel in seine eigene Tasche gewirtschaftet. Zu der Gerichtshandlung war ein großer Zeugenapparat aufgeboten worden. Die eidlichen Aussagen brachten interessante Enthüllungen über den „Führer" Kasper in dem zweifelhaftesten Licht erscheinen lassen. Kasper, der während des Krieges reklamiert wurde, kam nach Bergmannsglück, wo er einer der vertrauensfähigsten Arbeiter war. Er wurde bald Ruthenmann und „führte sich so gut", daß er selbst für würdig gehalten wurde, eins der beiden Verdienstkreuze zu erhalten, die an Belegschaftsmitglieder von Bergmannsglück verliehen wurden. Als aber die Revolution ausbrach, wandelte sich Kasper mit einem Schlage um und er wurde der Radikalste von den Radikalen auf Bergmannsglück. Er setzte den alten Vertrauensausschuß ab und bewirkte die Einsetzung eines Zechenrats, dessen Obmann er wurde. Da immer er der Verwaltung Schwierigkeiten machen konnte, da war er dabei. Er war der Allgewaltige auf Bergmannsglück. Während der Unruhen im Jahre 1919 durfte niemand den Zechenplatz betreten, der nicht vom Herrn Kasper unterzeichneten Ausweis besaß. Er beherrschte mit einem Maschinengewehr den Zechenhof. Einmal leistete sich Kasper den „Spaß", Fleisch, das die Verwaltung für 9,50 Mark eingekauft hatte, zum Preise von 6 Mark das Pfund wieder zu verkaufen, wodurch der Verwaltung ein Schaden von 120 000 Mark entstand. Herr Kasper schien überhaupt eine seltsame Auffassung von „Sozialisierung" zu haben. Einmal verschlug er zwei Zentner Kaffee, der für die Belegschaft bestimmt war, und steckte den Verdienst in seine Tasche. Ein andermal kaufte er in der Hammer Gegend Eier für die Belegschaft auf, doch haben die Bergleute niemals etwas von den Eiern zu sehen bekommen. Wegen dieser Unterschlagungen hatte er sich bekanntlich vor der Essener Strafkammer zu verantworten. Dreimal mußte die Verhandlung vertagt werden, da der Angeklagte nicht zur Stelle war. Einmal hatte er an die Essener Strafkammer ein singiertes Telegramm geschickt, wonach er im belagerten Gebiet von Senegal-Negern verhaftet worden sein sollte, während er in Wirklichkeit frisch-fröhlich in einem dem Essener Gerichtsgebäude gegenüberliegenden Wirtschaft sein Bier saß und — wie er nachher erzählte, — sich darüber amüsierte, daß mehrere Belegschaftskameraden von Bergmannsglück, die als Zeugen geladen waren, vergeblich nach Essener Gericht gefahren waren. Aber schließlich wurde doch des Herrn Kasper doch habhaft und verurteilte ihn zu 2 Monaten 1 Woche Gefängnis. Je länger Kasper Obmann des Zechenrats war, umsomehr schwand das Vertrauen seiner Arbeitskollegen zu ihm. Verstärkt wurde der Verdacht, daß Kasper keine ehrliche Sache machte, als er angeblich von der Reichswehr verfolgt, floh, sich viele Monate lang in der Umgegend aufhielt und gut lebte, ohne einen Pfennig Verdienst zu haben. Einmal war er bei der Arbeiter-Union angestellt, die ihm jedoch den Laufpaß gab, nachdem er Gelder unterschlagen hatte. Auch bei der K. P. D. konnte er nur kurze Gastrollen geben, doch war hier seines Bleibens nicht mehr, als er in den Verdacht kam, Spitzel der Reichswehr zu sein. Wie begründet dieser Verdacht war, ergibt sich jetzt aus der Aussage eines in dem Beleidigungsprozeß vor dem Schöffengericht vernommenen Zeugen, der bekundete, er sei während der Unruhen in Horst seinem früheren Kompagnie-offizier wieder getroffen, der ihm eine Photographie von Kasper gezeigt und gesagt habe: „Dieses Bild hat jeder Reichswehr-Offizier; dem Kasper wird nichts geschehen". Im Zusammenhang mit der Erzählung, daß Kasper während des Kapp-Putsches auf Seiten der Reichswehr bei Wesel gestanden habe, steht die Tatsache, daß Kasper nach Beendigung des Kapp-Putsches mit einer neuen Reichswehruniform nach hier gekommen ist und verschiedene hat, die Uniform zu verkaufen. Aus der Zeugenvernehmung ergab sich auch, daß Kasper beim Militär wegen Mißhandlung seiner Untergebenen bestraft und degradiert worden ist. So brachte die Verhandlung so viel belastendes Material gegen Kasper zutage, daß seine Klage abgewiesen wurde. Die beklagten Redakteure wurden freigesprochen und die Kosten des Gerichtsverfahrens dem Kläger Kasper zur Last gelegt.

Kamener Lichtspiele

Vornehmste Lichtbildbühne am Platze.

Spielplan von Freitag, den 15. April, bis Montag, den 18. April.

Das große Sensations-Programm!

Täglich mit größter Spannung erwartete Fortsetzung des Auslands-Abenteurer-Films:

„Barrabas"

Abenteuer-Film-Roman von Louis Feuillade in 5 großen Abteilungen, 26 überwältigenden Akten.

2. Teil 6 Riesen-Akte. 2. Teil

3. Episode: **Die Villa Glycinia.** 4. Episode: **Das Brandmal.**

Jeder Teil bildet eine in sich abgeschlossene Handlung und ist durch geschickten Aufbau auch verständlich, wenn man den 1. Teil nicht gesehen hat.

Der große Detektiv-Sensations-Film: 1816

„Der Geheim-Vertrag von Oporto"

oder: **„Die lebende Menschenbrücke."**

Detektiv-Sensations-Film in 5 Akten von Walter Wassermann. Das große und sensationelle Abenteuer des berühmten Detektivs **Bob Hill** mit einer Fülle verblüffender Tricks und waghalsiger Verfolgungen mit humorvollen Einzelheiten.

Meisterwoche: Sport, Mode u. Kunst.

Aenderungen vorbehalten. D. D.

U.-T.-Lichtspiele Kamen.

Ab Freitag, den 15. April 1921:

Sumurum.

Sieben gewaltige Akte, ein wunderbares Ausstattungsstück voll fesselnder Momente.

in der Hauptrolle **Pola Negry** und **Harry Liedtke.**

II.

Der langsame Tod.

Sechs grosse Akte nach dem Roman „Die verlorenen Jahre" von Ruth Götz

mit **Lucia Höflich, Resel Orla** und **Eduard v. Winterstein** in den Hauptrollen.

III.

Das Urteil des Salomon.

Ein köstliches Lustspiel voll prickelnden Humors.

1828

Freiwillige Feuerwehr Weddinghofen.

Die Freiwillige Feuerwehr feiert ihr

Frühjahrs-Kränzchen

am **Sonntag, den 17. d. Mts.,** im Vereinslokal beim Wirt Herrn Klute, bestehend in

Konzert, Theater und Ball.

Anfang 3½ Uhr nachmittags. 1823

Genußreiche Stunden versprechend ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

S. G. V. 1792

Wanderung

sämtl. Mitglieder am **Sonntag, d. 17. 4. 21** nach **Nordkirchen.** Treffpunkt 7 Uhr Straßenbahndepot.

In 16td. u. Garantie vernichten Sie Flöhe, Kopf-, Kleider-, Filz-

Läuse

f. Brut (Nissen) b. Mensch u. Tier mit **„Kampolda"** ges. gesch. Wunden unsch. Verk. Friseur H. Großer, Westfir. 45a. 932

2 Bettstellen

mit neuen Matratzen und 1 eichene

Kommode

wegen Platzmangel zu verkaufen.

Wo sagt die Geschäftsstelle. 1796

Am Dienstag, den 19. April 1921, nachmittags, findet im Saale des Wirts Hausemann, Weststraße, die Impfung der im Jahre 1920 und früher geborenen, noch nicht bezw. nicht mit Erfolg geimpften Kinder für den Stadtbezirk Kamen statt.

Die Impfung der Knaben sämtlicher Schulen findet am Mittwoch, den 20. April und der Mädchen am Donnerstag, den 21. April 1921, vormittags, statt.

Impfpflichtig sind alle im Jahre 1909 und früher geborenen, noch nicht bezw. nicht mit Erfolg geimpften Kinder.

Die Eltern solcher Kinder, die eine Aufforderung zur Gestellung des Impflings zum Impftermin noch nicht erhalten haben, werden hierdurch aufgefordert, sich umgehend, spätestens am 18. ds. Mts. zwecks Aufnahme des impfpflichtigen Kindes in die diesjährige Impfliste auf Zimmer 17 des Rathauses zu melden.

Kamen, den 13. April 1921. (1813

Der Magistrat: Dr. Wiesner.

Steuerordnung

über die Besteuerung des reichseinkommensteuerfreien Einkommens für 1921.

Auf Grund des § 30 des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 (bezw. des § 4 Abs. 1 des vorläufigen Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz, vom 13. Januar 1921), sowie des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 14. März 1921 wird für den Bezirk der Stadtgemeinde Kamen folgendes bestimmt:

§ 1.

Der nach § 20 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (R.-G.-Bl. S. 359) steuerfreie Einkommensteil der in der Stadt Kamen wohnenden oder sich regelmäßig aufhaltenden Steuerpflichtigen unterliegt, soweit er auf den Steuerpflichtigen selbst entfällt, der Gemeinde-Einkommensteuer.

§ 2.

Die Steuer wird nach dem höchsten Hundertsatz erhoben, mit dem der Steuerpflichtige zur Einkommensteuer herangezogen wird.

§ 3.

Gemeindesteuerfrei bleiben Einkommensteuerpflichtige, deren steuerbares Einkommen im Sinne der §§ 4 bis 18 des Einkommensteuergesetzes 10 000 Mark nicht übersteigt.

Dieser Betrag erhöht sich für die Ehefrau um 10 000 Mark und für jede weitere zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person, deren Einkommen gemäß §§ 16 und 17 des Einkommensteuergesetzes dem Einkommen des Steuerpflichtigen hinzuzurechnen ist, um 2500 Mark.

§ 4.

Die Gemeindesteuer wird in den Fällen der §§ 26 und 44 des Einkommensteuergesetzes in dem gleichen Verhältnis ermäßigt, in welchem die Einkommensteuer nachgelassen wird.

§ 5.

Die Steuerordnung gilt vom 1. April 1921 ab für das Steuerjahr 1921. 1821

Kamen, den 17. März 1921.

Der Magistrat:
Dr. Wiesner. Siegler.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 2. vor. Mts. teilen wir mit, daß zur Entgegennahme von Steuererklärungen und Ratserteilung in allen Steuerangelegenheiten der Beamte des Finanzamtes Hamm hier im Hause Markt 4, Zimmer 1, an folgenden weiteren Tagen nachmittags von 1¼ Uhr ab anwesend sein wird: 14., 21., 25., 28. und 30. April ds. Js. 1808

Kamen, den 13. April 1921.

Der Magistrat: Dr. Wiesner.

In unser Genossenschaftsregister ist bei der **„Einkauf genossenschaft selbständiger Bäcker und Konditoren zu Kamen und Umgegend"**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Kamen" am 21. März 1921 folgendes eingetragen:

Der Kaufmann Franz Sauerland ist gestorben und an seine Stelle der Bäckermeister Heinrich Fischer in Kamen in den Vorstand gewählt. 1817

Kamen, 14. April 1921.

Das Amtsgericht.

Ziegenzucht-Verein Kamen.

Sonntag, den 17. d. M., nachm. um 5 Uhr:

General-Versammlung

bei **W. Kümper.**

Die Frauen werden hierzu ganz besonders eingeladen. 1802

Der Vorstand.

Pianino

preiswert zu verkaufen.

Karl Ebel & Sohn,
1772 **Unna.**

Klavierstimmen.

Bin in den nächsten Tagen zum Stimmen und Reparieren der Pianos, Flügel und Harmoniums in Kamen anwesend. Aufträge werden in der Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegengenommen.

Ad. Jürgens senior,
Klavierbauer.
Hamm, Nordstraße 8.

Rheumatismus-, Herzschwäche- und Ischias-

Leidenden gebe unentgeltl. Ausk., wie ich von meinem 5jähr. Leiden befreit wurde.

L. Peltzer, Heiligenstadt, (Eichsfeld). 1484

Telegramm!

Der

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Fahr Wohl" Kaiserau

feiert am **17. April d. Js.,** in den Lokalitäten des Herrn Heinrich Sorge zu Methler sein

2. Stiftungsfest

Programm:

Samstag, den 16. April, von abends 8 Uhr an:

Großer Ball.

Eintritt frei. 1804

Sonntag, den 17. April, von 2 bis 3 Uhr nachmittags: Empfang der Bruder-Vereine.

3 Uhr: Abholen des Banners.

Punkt 3½ Uhr: Antreten zum Festzug durch die Kolonie Kaiserau.

Nach dem Festzug Festrede, durch den Genossen Joseph Kiel aus Holzwickede.

Hierauf beginnt das Reigenfahren.

Der weltberühmte Kunstfahrer Herr Alwin Hothan aus Hannover tritt nach dem Reigenfahren auf und fährt zwei konkurrenzlose Nummern. Keiner versäume den Kunstfahrer zu sehen. Es ist der beste Kunstfahrer der Gegenwart. Er schreibt: Ich bin bis jetzt nur bei ausverkauftem Hause aufgetreten. — Nach dem Kunstfahren:

Grosser Festball.

Die Musik wird ausgeführt von der Bergkapelle Kurl.

Zu dieser großen Feier ladet herzlich ein:

Das Festkomitee. Der Vorstand.

Verein ehem. Kriegsteilnehmer e. V. Kamen.

Sonntag, den 17. April 1921, feiert der Verein im Lokale des Wirtes Herrn Wilhelm Blome, hier, Lünenerstraße, sein

Frühlings-Fest

verbunden mit Theater und Ball.

Zur Aufführung gelangen u. a.:

„Senffabrikant Krapke" oder „Das Corpus Delicti"

Schwank in 1 Akt.

„Musketier Tölpels Instruktionsstunde"

4 Herren.

Anfang 5 Uhr. Kassenöffnung 4½ Uhr.

Karten im Vorverkauf sind zu haben bei dem Wirt Blome, im Zigarrengeschäft Goris, sowie bei den Mitgliedern. Vorverkaufspreis 4.— Mark, an der Kasse entsprechenden Aufschlag.

Um zahlreichen Besuch bitten: 1801

Das Festkomitee. Der Vorstand.

NB. Die Vereinsmitglieder werden gebeten, ihre Quittungsbücher vorzuzeigen.

Verein zur Förderung der Zucht- u. Dressur der Pferde, Hamm i. W.

Am 18. 6. 21, nachmittags, findet in Hamm i. W. eine **Prämiierung** von Fohlenstuten und Fohlen der Edelzucht, **verbunden mit Dressurprüfung,** statt.

Der Jahresbeitrag ist auf 10 Mark erhöht und wird demnächst eingezogen werden.

Die Beiträge werden am 18. 6. als Prämien verausgabt.

Alles Nähere durch den Schriftführer Herrn H. Schulze-Böing, Villa „Stäps" bei Kamen i. W.

1815 **Der Vorstand.**

Worms 1521 und heute.

In diesen Wochen, in welchen uns eine Zumutung des Unrechts nach der anderen von der Entente zuteil wird, in denen wir im Innern Deutschlands einen neuen haßerfüllten Kampf um Gold und Besitz erlebten, werden es 400 Jahre, daß ein schlichter deutscher Mönch, ein Bergmannssohn, Martin Luther aus Eisleben, vor dem jungen Kaiser Karl V., in dessen Landen, er war auch König von Spanien und seiner überseeischen Kolonien, die Sonne nicht unterging, und dem Reichstage stand, um seine Lehrsätze zu verteidigen: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen!" So schloß er. Das war am 17. und 18. April 1521. Der Streit der kirchlichen Lehren, um den es sich hier handelte, ist längst entschieden, die Konfessionen wirken neben- und miteinander, und das Bild „Luther in Worms" ist ein Blatt der deutschen und der Weltgeschichte geworden.

Aber als wäre diese historische Erinnerung zu unserer Nacheiferung bestimmt, so steht sie vor uns. Ein einzelner Mensch wehrte sich gegen die Uebermacht der weltlichen und geistigen Herrschaft. Das war viel schwerer, erforderte eine ganz andere Kraft und Ausdauer als sie heute von dem deutschen Volke im Streit mit den Gewalttätigkeiten der Entente verlangt wird. Damals ging es hart um Leib und Leben, und wir sehen, was ein fester Wille im starken Gottvertrauen zu leisten vermochte. Wir können nicht sagen, daß das ganze deutsche Volk heute in tapferer Selbstlosigkeit Schulter an Schulter steht. Und doch kann nur dadurch schließlich der Erfolg errungen werden.

In derselben Gegend, in welcher Martin Luther lebte, wirkte und starb, ein wahrer Sohn des Volkes und Vorkämpfer für die geistigen Güter des Volkes, hat zu Ostern der Aufruhr aus Habsucht und Eigennutz gewütet. Die Volkskreise, denen Luthers Eltern angehörten, die Gegend, der er entstammte, waren teilweise mit in die wilden Putsche dieses Frühlings hineingezogen. Welcher Abstand zwischen damals und heute in der Art des Kampfes und in seinem Ziel. Heute soll das Materielle zum Herrn über den Geist und das Ideal des Lebens gemacht werden, aber so wenig wie bisher, wird das jetzt gelingen. Nicht die leiblichen Dinge heben uns aus der Not der Zeit heraus, sondern die Einkehr und die Wiederkehr echter Humanität und treuer Moralität.

Luther in Worms! Das ist ein Bild deutschen Kampfes um die Freiheit von Geist und Leben. Was ein einziger Mann von heldenhafter Kraft und Unerschrockenheit hat leisten können, das sehen wir hier. Alles kann eine Nation gewinnen, wenn sie sich klar darüber ist, daß die Forderungen des Tages getragen werden müssen von jener Tapferkeit, die allein der Besitz der dauernden Güter des geistigen Lebens verleiht. Dieser Besitz ist geschwächt und eben deshalb muß er wieder gestärkt werden. Dann mögen wir der Entente sagen: „Hier stehen wir, wir können nicht anders!" Es wird uns dann nicht schwer werden, denn unser Fühlen gebietet es, und die Kraft zum Aushalten liegt in uns.

Scheidemann über die politische Lage.

(W) In Mannheim fand eine von der S. P. D. einberufene Versammlung statt, in der Oberbürgermeister Scheidemann-Kassel über die politische Lage sprach. Zunächst erinnerte der Redner an den letzten Kommunistenputsch.

Angesichts der Zustände im Innern stehe die Reichsregierung vor schweren Aufgaben. Diese Aufgaben könnten aber nur von einer Regierung gelöst werden, die auch Autorität habe und das Vertrauen des arbeitenden Volkes genieße. Das ganze Volk habe das größte Interesse daran, daß sowohl im Reiche wie in den Staaten die Sozialdemokratie an den Regierungen beteiligt sei. Das sei aber nur dann möglich, wenn die Regierungen in zwei Grundfragen vollständig einig sind. Politisch, das klare Bekenntnis zur Verfassung und damit auch zur demokratischen Republik, wirtschaftlich die Zustimmung zur Sozialisierung des Bergbaues. Auch die Stellung Eberts betrachte er als unhaltbar, da er eine ausschließlich mehrsozialistische Regierung mit seinem sozialdemokratischen Namen decken müsse. Scheidemann sagte: „Wir haben uns das Vertrauen der Massen durch jahrzehntelange Arbeit erworben und es uns trotz aller Schwierigkeiten erhalten, als wir in der Regierung gewesen sind. Wir könnten aber das Vertrauen verlieren, wenn wir außerhalb der Regierung eine regierungsoffiziöse Politik betreiben wollten."

Der Redner kam dann auf die Vergangenheit zu sprechen und sagte u. a.: „Wir kamen in den unglücklichen Krieg gegen den Willen des Volkes, auch der Regierung. Aber daß sie den Krieg nicht verhütet hat, ist schon Verbrechen genug. Wenn ich der Behauptung allezeit entgegengetreten bin, daß Deutschland den Krieg einzig und allein verschuldet hat, so habe ich aber zur Ueberzeugung kommen müssen, daß die Reichsregierung eine Möglichkeit, zum Frieden zu gelangen, absichtlich sabotiert hat." Redner schilderte die Verhandlungen der Sozialdemokratie, besonders im Sommer 1917, dem Frieden den Weg zu ebnen und erklärte: „In den nächsten Tagen wird eine Schrift von mir erscheinen, in der ich den Nachweis führen werde, daß im Anschluß an die Papstnote und die zwischen Rom und Berlin geführten Verhandlungen, die Parteiführer des Reichstages direkt belogen worden sind. Die Folge dieser Berliner Taktik war das Scheitern dieser vom Papst angebahnten Friedensarbeit." Der Redner wandte sich andererseits gegen die Behauptung der Gegenseite, daß man keinen Krieg gegen das deutsche Volk führe, wenn man ihm durch den Friedensvertrag Bedingungen auferlegte, die das deutsche Volk direkt versklaven mußten und dann später in Spaa und London diese Bedingungen noch verschärfte. „Ich weiß", so bemerkte Scheidemann, „daß Dr. Simons als ehrlicher und aufrichtiger Mann in London verhandelt hat. Er hat aber den Demagogen auf der anderen Seite die Arbeit leicht gemacht, indem er ihnen die Möglichkeit gab, diese Gegenüberstellung zu suchen. Wir fordern 226 Milliarden. Ihr aber bietet 30 Milliarden. Dabei hat Minister Dr. Simons von Anfang an so viel geboten, daß er die Entente vor der Oeffentlichkeit ins Unrecht hätte setzen können. Die Folge des Scheiterns der Verhandlungen in London waren die Sanktionen. Es ist kein Zweifel, daß die Entente uns vollkommen ruinieren kann, aber ich bin fest überzeugt, daß sich dann mindestens Frankreich mitruinieren würde. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands, Frankreichs u. Englands sind einig über das, was von Deutschland verlangt und was auch geleistet werden kann: Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch praktische Arbeitsleistung. Daß aber noch Geldleistungen aufgebracht werden müssen, hat Dr. Simons in seinem Briefwechsel mit Amerika klar ausgesprochen. Zwei große Ziele der Reparation liegen vor: 1. Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. 2. Beschaffung sofort greifbarer großer Barmittel in fremden Devisen. Für den 1. Mai sind von neuem Strafmaßnahmen in Aussicht gestellt worden. Immerhin halte ich es für unbedingt notwendig, schnellstens neue Vorschläge bezüglich der Reparationen zu machen, also jedenfalls vor dem ersten Mai nichts zu versäumen. Die beste Stütze in unserem Bestreben, eine Revision im Friedensvertrage zu erreichen, sind die Arbeiter in den Ententestaaten. Um die Gefahr für die Republik von rechts und links auf die Dauer bannen zu können, bedarf es einer zielklaren und entschlossenen sozialdemokratischen Partei."

Unbegründete Gerüchte über einen französisch-englischen Offensiv- und Defensivvertrag.

(TU) **London, 14. April.** Chamberlain erklärte im Unterhause, das Gerücht über den angeblich bestehenden Offensiv- und Defensivvertrag zwischen Frankreich und England sei unbegründet.

Krieg oder Frieden?

(TU) **Brüssel, 14. April.** Unter dem Titel „Krieg oder Frieden?" schreibt die „Volks-Gazette": In Paris beabsichtigt man, den Säbel aus der Scheide zu ziehen. Die Militaristen schlagen mit der Faust auf den Tisch. Durch Briand hat Frankreichs militaristische Clique erfahren, daß am 1. Mai der Krieg von neuem beginnen soll, falls Deutschland bis dahin nicht Genugtuung gegeben hat und zwar nur mit dem Unterschied, daß 1914 der Krieg von Berlin ausging, während er 1921 von Paris und London ausgehen dürfte. Die Politik von Paris und London gegenüber Deutschland bezweckt dessen Vernichtung. Die Politik ist eine Art Nationalbolschewismus, der unvermeidlich mit einem allgemeinen Bankerott enden wird.

*

Die Einwohnerwehrdebatte im Bayerischen Landtag.

(W) Im Finanzausschuß des bayerischen Landtages wurde die Einwohnerwehrdebatte fortgesetzt. Staatssekretär Dr. Schweyer erklärte, die gegenwärtige Stärke der Einwohnerwehr betrage 320 000 Mann. An Waffen seien vorhanden 240 000 Gewehre und Karabiner, 2780 Maschinengewehre, 44 leichte Geschütze und 34 leichte Minenwerfer. Die Bewaffnung der Einwohnerwehr ist ordnungsgemäß angemeldet und bedeutet sicherlich keine politische Gefahr. Die eingestellten Einwohnerwehrleute leisten den Dienst unentgeltlich und ehrenamtlich. Nur 10% ehemaliger Offiziere befinden sich unter den Führern. Eine Verwendung außerhalb des Landes sei ausgeschlossen. Die Staatsregierung und die Einwohnerwehr seien sich einig, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehr eine Frage der Zeit sei. Die notwendige Maßnahme werde hinfällig, sobald die staatlichen Sicherheitseinrichtungen soweit gekräftigt seien, daß sie entbehrlich erscheine. Solange das nicht der Fall sei, würde die bayerische Regierung durch die Preisgabe des Selbstschutzes eine große Verantwortung auf sich laden. In der darauf folgenden Debatte erklärte der Abg. Timm (Soz.) u. a., daß die Einwohnerwehr eine einheitliche Kampforganisation gegen die Arbeiter sei und polemisierte gegen die Politik der bayerischen Regierung, deren Folgen seine Partei ablehnen müsse und aus diesem Grunde auch die Positionen für 1920. Abg. Held (Bayerische Vp.) erklärt, die Ereignisse in Mitteldeutschland veranlassen die Reichsregierung, in der Entwaffnungs- bezw. Einwohnerwehrfrage neue Verhandlungen mit der Entente anzuknüpfen. Solange deren Ergebnis noch nicht feststehe, wäre es selbstmörderisch, die Einwohnerwehr aufzugeben. Abg. Hammerschmitz sagt, die Demokraten ständen auf dem Standpunkt, daß die Einwohnerwehr z. B. noch erhalten werden müsse, es dürfte aber wegen der Einwohnerwehr zu keiner Trübung zwischen Bayern und dem Reiche kommen. Abg. Dr. Pilpert (Mittelparteien) erklärt es für ausgeschlossen, die Einwohnerwehr jetzt aufzulösen. Nächste Sitzung Donnerstag vormittag.

Weitere Nachrichten.

— **Das Heimweh vor dem Tode.** Von der ehemaligen Kaiserin wird geschrieben: „Die Heimat zog sie mit schier übermächtiger Kraft. Vielleicht die größte Freude unter Tränen, die ihr in der Doorner Zeit geworden ist, war die Zusendung von holsteinischen Rosenstöcken, die sie vor dem Fenster ihres Zimmers einpflanzen ließ. Man darf wohl sagen, daß die Kaiserin an Heimweh krank war. Alles, was aus dem Vaterlande kam, war ihr unendlich wert. Im vorletzten Jahre hatte sie sich alle die tausende Briefe und Telegramme, die zu ihrem Geburtstage eingelaufen waren, vorlesen lassen. Sie lebte und webte in der Heimat und sehnte sich nach ihr zurück. Als es schließlich nach langen Mühen gelungen war, die hohe Kranke davon zu überzeugen, daß es unmöglich für sie wäre, unter den gegebenen Umständen an das frische Grab ihres Lieblingssohnes zu reisen, da resignierte sie schließlich mit den Worten: „Jedenfalls will ich einmal in der Heimat schlafen." Dieser Wunsch wird ihr jetzt erfüllt."

— **Die Vermählung des Prinzen Ernst Heinrich von Sachsen,** des jüngsten Sohnes des früheren Königs, mit Prinzessin Elisabeth von Luxemburg fand Dienstag in der Schloßkirche in Hohenburg bei Lenggries (Oberbayern) in Gegenwart des Königs von Sachsen, des Großherzogs und der Großherzogin von Baden, des Kronprinzen und der Kronprinzessin Rupprecht von Bayern und den Mitgliedern der verwandtschaftlich beteiligten Häuser statt. Die Trauung hielt Benefiziat Prinz Max von Sachsen, des Königs Bruder, assistiert vom Ortspfarrer von Lenggries, nachdem die Ziviltrauung durch den Bürgermeister von Lenggries vollzogen worden war. Prinz Franz Joseph von Hohenzollern-Sigmaringen, der als vormaliger Marineoffizier längere Zeit in englischer Kriegsgefangenschaft war, der 2. Sohn des Fürsten, verlobte sich mit der Prinzessin Marie Alice von Sachsen, der 2ährigen zweiten Tochter des Königs. . .

— **(Ein Freund im Leid.)** Die Regierung in Washington hat sich damit einverstanden erklärt, daß man das den Deutschen konfiszierte Eigentum in Honduras zurückerstattet. Der Präsident von Honduras hat sich in der ganzen Angelegenheit als ein wirklicher Freund der Deutschen gezeigt.

— **(Die Reichstagsparteien zur Papierpreiserhöhung.)** In der gestrigen Sitzung des Aeltestenausschusses des Reichstages hat Präsident Loebe den Vorschlag gemacht, sofort beim Zusammentritt des Parlaments eine interfraktionelle Konferenz von Abgeordneten aller Parteien zu einer Besprechung über die Frage der Papierpreiserhöhung gemeinsam mit den Organisationen der Zeitungsverleger abzuhalten. Der Vorschlag ist von allen Parteien gebilligt worden.

— **(General Litzmann in Chile.)** General Litzmann, der bekannte Führer im Weltkriege und Sieger in der beispiellosen Durchbruchsschlacht von Brzezany, ist, aus Argentinien kommend, in Chile eingetroffen und hat in den größeren Städten dieses Landes vor den Angehörigen der deutschen Kolonie, wie auch in chilenischen Militärvereinen Vorträge über den Weltkrieg gehalten. In Santiago, Valparaiso, Concepcion war der verdienstvolle deutsche Heerführer Gegenstand großer Ehrungen. Der Präsident von Chile hat General Litzmann in besonderer Audienz empfangen und ebenso wurde der deutsche General vom chilenischen Offizierskorps zum Ehrenmitglied ernannt.

— **(Die Parteien im preußischen Staatsrat.)** Nachdem auch der Provinziallandtag von Niederschlesien sechs Vertreter zum preußischen Staatsrat gewählt hat, läßt sich — bis auf Oberschlesien, für das die bisherigen Landtagsabgeordneten fünf Mitglieder des Staatsrats bestimmen haben — das Gesamtergebnis der Wahlen nach der Parteistärke übersehen. Von bisher gewählten 74 von insgesamt 76 Mitgliedern des Staatsrats setzen sich zusammen aus 21 Vertretern der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei, 16 des Zentrums, 12 der Demokratischen Partei, 2 der drei sozialistischen Parteien (2 Kommunisten, 7 Unabhängige und 18 Sozialdemokraten).

— **Auflösung einer Stadtverordnetenversammlung.** Die Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Zossen im Kreise Teltow bei Berlin ist von der preußischen Regierung aufgelöst worden. Die Stadtverordnetenversammlung, die aus 9 Sozialdemokraten und 9 Bürgerlichen zusammengesetzt war, war infolge der Schärfe der Gegensätze nicht mehr arbeitsfähig. Die Neuwahl ist auf den 8. Mai festgesetzt worden.

— **Ein beachtenswerter Freispruch.** Ein interessante Gerichtsentscheidung zu Lauterbach („Pfarrhauskomödie", in der bekanntlich das katholische Priesteramt heruntergezerrt wird), hat das Landgericht Hannover. Angeklagt war der bekannte Vorsitzende der Zentrumspartei in Hannover, Geheimrat Dr. Rintelen, wegen seines Verhaltens in der Aufführung der Pfarrhauskomödie im Deutschen Theater zu Hannover. Er gab in der Vorstellung einen besonders von katholischen Studenten hervorgerufenen lebhaften Protest gegen die Aufführung, an dem sich auch Geheimrat Rintelen durch einige lebhafte Zwischenrufe beteiligte. Theaterdirektor Kaufmann stellte gegen Dr. Rintelen einen Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs und verwies ihn seinerzeit aus dem Theater. Die Gerichtsverhandlung endete mit einem Freispruch. Amtsgerichtsrat Stumpf als Vorsitzender erklärte in der Urteilsbesprechung, daß gegenüber Schund- und sittenlosen Stücken ein Recht des Publikums auf Selbsthilfe anzuerkennen sei. Der Tatbestand des Hausfriedensbruches war von dem Angeklagten nicht bestritten worden.

— **Verhaftung eines internationalen Hochstaplers.** Unter dem hochtönenden Namen eines Grafen „Albert v. Casanova" hat ein internationaler Hochstapler verstanden, in letzter Zeit großangelegte Betrügereien und namentlich Heiratsschwindeleien zu verüben. Mit gefälschten Papieren verschaffte sich der italienische Graf Zutritt zu den angesehensten Berliner Gesellschaftskreisen, und seinem gewandten Auftreten gelang es, mehrere junge Damen, darunter eine bekannte Baroneß, in seine Netze zu locken. Wenn der Trick mit der reichsvollen Ehe nicht verfangen wollte, so stürzte sich der Graf als Filmindustrieller ein, und eroberte so die Herzen und die Geldbörsen der Auserwählten. In großem Maßstabe arbeitete „Graf v. Casanova" auch mit inhaltsschweren, aber gleichfalls gefälschten Kabelegrammen, die für ihn aus den verschiedensten außereuropäischen Ländern eintrafen und große Geldsendungen in Aussicht stellten. Auch besaß einem umfangreichen Landbesitz in Italien und Ungarn pflegte der Hochstapler zu arbeiten, um es gelang ihm, große Darlehen auf diese Güter zu erhalten. Eine bekannte Schauspielerin, die er gleichfalls betrogen hatte, erstattete Anzeige bei der Polizei, und den Beamten der Inspektion B. II im Polizeipräsidium gelang es, den falschen Grafen zu verhaften. Die Personenfeststellung hat ergeben, daß der Graf Casanova der Sohn eines Maurerpoliers aus Osterode (Ostpreußen) ist und Albert Gromnica heißt.

— **Die Konkurrenz von Monte Carlo,** das Ostseebad Zoppot bei Danzig der Spielbank am Mittelmeer bereitet, soll ganz erheblich im Steigen begriffen sein. Die französischen Paßschwierigkeiten treiben manchen Freund der Roulette nach der Ostsee, statt nach dem vollständig von Frankreich umschlossenen Monaco. Die Gewinnchancen sind natürlich hier wie da gleich gering. Die Bank, die das meiste Geld haben und das Publikum am längsten aushalten können, streichen den größten Gewinn ein. Das ist das ganze Geheimnis der Spielerfolge.

Der stille See.

Roman von H. Courts-Mahler.

Nachdruck verboten.

34. Fortsetzung.

Hans Rochus hatte inzwischen in Berlin allerlei Geschäftliches erledigt. Abends war er meistens im Theater, in der Oper oder im Konzert.

Einmal traf er auch bekannte Herren und verbrachte den Abend in ihrer Gesellschaft bei Hiller. So waren fünf Tage vergangen, seit er von Rochsberg fort war. Sonderbarerweise war er mit seinen Gedanken fast ohne Unterlaß bei Ruth, und er empfand eine unruhige Sehnsucht nach ihr. Mit großem Unbehagen erfüllte ihn der Gedanke an Hilde. Daß sie in Rochsberg weilte und möglicherweise noch wochenlang bleiben würde, war ihm sehr unangenehm. So lange sie da war, konnte er nicht daran denken, Ruth näher zu kommen. Und doch erfüllte ihn ein unruhiger, brennender Wunsch, ein innigeres Verhältnis mit ihr anzubahnen.

Es war kein Zweifel, Ruth war ihm teuer geworden, und es drängte ihn, ihr das zu zeigen und zu versuchen, ihr herb abwehrendes Wesen zu besiegen.

Eigentlich war er mit seinen Geschäften zu Ende. Er hätte gleich wieder heimkehren können, aber der Gedanke an Hilde hielt ihn ab. So bummelte er am Nachmittag planlos unter den Linden, als er aus seinen Träumereien aufgeschreckt wurde.

„Hans Rochus — du hier?"

Er sah auf und erblickte Wendling, der ihm mit erregter Miene gegenüberstand.

„Dich hätte ich allerdings hier auch nicht zu sehen erwartet. Wie geht es dir?"

Wendling war blaß und hager geworden, seine Augen lagen tief in den Höhlen.

„Man muß zufrieden sein. Hast du ein Stündchen Zeit für mich? Ich möchte gern allerlei mit dir reden."

„Ich bin ganz frei, Heinz. Komm, laß uns irgend ein stilles Eckchen aufsuchen, und dann erzählst du mir von deinem Leben."

Sie suchten eine Weinstube auf und saßen erst eine Weile schweigend einander gegenüber. Beide dachten an Hilde Sontheim, freilich jeder auf andere Weise.

Endlich erkundigte sich Wendling nach gemeinsamen Bekannten. Hans Rochus gab ihm ausführlichen Bescheid. Und dann erzählte er von seinem Leben. Er war auf seinen Wunsch in eine kleine Garnison versetzt worden — aus Sparsamkeitsrücksichten. Ein kleines, langweiliges Spießbürgernest, in dem er so recht Zeit hatte, allerlei trübsinnige Grillen zu fangen. Jetzt war er auf der Durchreise in Berlin. Der einzige Sohn seines Oheims, dessen Güte er seinen Zuschuß verdankte, war in wenigen Tagen einer Lungenentzündung erlegen, und Wendling war zur Beerdigung gewesen.

Obwohl seine Aussichten auf die Zukunft dadurch plötzlich sehr günstig geworden waren, hatte ihn der Jammer der bedauernswerten Eltern sehr ergriffen. Er vermochte sich nicht darüber zu freuen, daß er nun Aussichten auf ein reiches Erbe hatte.

Und doch war in seinem Herzen ein heißes, heimliches Hoffen erwacht. Er liebte Hilde Sontheim noch immer mit gleich leidenschaftlicher Innigkeit, und da ihn nichts von ihr zurückgehalten als seine Armut, so war durch die Aenderung in seinen Verhältnissen eine Möglichkeit geboten, sie zu erringen.

Mit unsicherer Stimme fragte er Hans Rochus nach ihr.

Dieser erzählte ihm, daß Hilde in Rochsberg zu Besuch sei und seit ihrer Entlobung sehr zurückgezogen lebe. Wendling tat ihm von Herzen leid. Er sah, wie heiße Unruhe in seinen Blicken flackerte, als er nach Hilde fragte. Diese war solch eine treue Liebe gewiß nicht wert, aber er vermochte nicht, Wendling von seiner Meinung über sie etwas zu sagen.

„Willst du sie von mir grüßen, Hans Rochus?"

„Gern."

„Weißt du, ob sie mir zürnt?"

„Weshalb sollte sie das?"

„Ach — verstelle dich nicht, Hans Rochus. Du weißt ja doch, daß ich schuld war, daß Kracht zurücktrat."

Der sah ihn ernst an.

„Ja, Heinz — ich habe es gewußt. Aber wie kann Hilde dir zürnen? Ihre Schuld war so groß wie deine."

„Nein, nein, ich hätte vernünftig sein und gehen müssen, so lange es Zeit war. Aber glaube mir — ich konnte nicht, es hielt mich in ihrer Nähe wie mit tausend Banden. Und seit ich sie nicht mehr sehen kann, ist mir zumute, als sei alles Licht, alle Wärme aus meinem Leben verschwunden. Ich habe sie unsagbar lieb."

Hans Rochus faßte seine Hand.

„Sitzt es immer noch so tief, Heinz?"

Wendling lächelte trübe.

„Das wird nie anders werden."

Sie schwiegen eine Weile. Dann sagte Wendling hastig:

„Wenn du, daß ich hoffen darf, sie zu erringen, wenn sich meine Verhältnisse bessern? Mein Onkel sieht jetzt in mir seinen einzigen Erben. Wenn ich nach einiger Zeit mit ihm Rücksprache nähme — er würde mir sicher helfen, daß ich heiraten könnte. Nur darf ich jetzt seinen Schmerz nicht mißbrauchen. Meinst du, daß Hilde meine Frau würde?"

„Sie liebt dich doch, nicht wahr?"

„Ob sie mich jetzt noch liebt? — Einst hat sie es getan."

„Dann kannst du dir wohl Hoffnung machen. Jedenfalls ist sie noch frei, das weiß ich bestimmt."

Wendling atmete auf und drückte Hans Rochus die Hand.

„Dank dir für diese Nachricht."

„Da ist doch nichts zu danken."

„Ich war so sehr in Sorge. Hilde ist schön, an Bewerbern wird es nicht fehlen. Und sie ist arm."

Hans Rochus hätte ihm wohl zum Trost sagen können, daß Hilde nicht eben so begehrt wurde seit der Affäre mit Kracht. Aber er schwieg.

Nach einer Weile sagte Wendling:

„Weißt du, wie es Kracht geht?"

„Er ist vollständig geheilt, war lange in Meran und lebt jetzt auf seinen Gütern."

„Ob er innerlich fertig ist mit der Enttäuschung."

„Wer weiß. Wir wollen es ihm wünschen."

Sie plauderten noch mancherlei und verbrachten auch den Abend miteinander.

Wendling sagte Hans Rochus beim Abschied, daß er an Hilde schreiben würde, sobald er von seinem Onkel Rücksprache genommen hätte.

Mit festem Händedruck schieden sie von einander.

Hans Rochus ging in tiefe Gedanken verloren in sein Hotel zurück. So wie Wendling hatte auch er einmal für Hilde Sontheim geschwärmt. Jetzt war das vorbei. Er hatte ihren Unwert erkannt. Und Ruth hatte ihn gelehrt, einen anderen Maßstab an die Frauen zu legen, trotzdem sie still neben ihm hinlebte und ihm die Tiefste und Beste ihres Wesens noch verbarg. Er wußte jetzt, daß sie doch über Hilde stand, daß sie ihm teurer war, als diese ihm je gewesen.

Als er im Hotel ankam, überreichte man ihm ein Telegramm. Er öffnete es hastig. Es war von Ruth. „Mein Vater ist plötzlich einem Gehirnschlag erlegen. Wenn du kannst, komme sofort zurück."

Sein Schrecken war groß. Er konnte es gar nicht fassen, daß Peter Rabenport tot sein sollte. Dann rüstete er sich aber sofort zur Abreise. Wenn auch Ruth ihrem Vater immer recht kühl gegenübergestanden hatte — in solchen Stunden spricht die Stimme der Natur. Ruth litt. Sie mußte zen — also gehörte er an ihre Stelle, sie zu stützen und zu trösten. Warm stieg es in ihm auf, als er sich dieser Zusammengehörigkeit mit ihr bewußt ward.

Ohne erst nach Rochsberg hinauszufahren, begab er sich gleich in das Haus seines Schwiegervaters. Er fand Ruth an der bereits aufgebahrten Leiche ihres Vaters.

(Fortsetzung folgt.)

Ch, Holsterhausen, 12. April. (Vereitelter Raubüberfall.) In einer der letzten Nächte sollte ein Raubüberfall auf die Wirtschaft Schulte-Dickhoff in Holsterhausen verübt werden; die Polizei konnte jedoch den Ueberfall vereiteln. Der Bergmann Sch. und der Maurer S. aus Holsterhausen suchten sich in Gladbeck mehrere Komplizen für den Raub. Drei Gladbecker gingen auch scheinbar auf den Plan ein. Die Holsterhausener gaben sich den Anschein, zur Arbeit zu gehen, holten in Wirklichkeit aber die Gladbecker Komplizen ab. Die Holsterhausener Polizei hatte jedoch Wind von der Sache bekommen und die Wirtschaft Schulte-Dickhoff und deren Umgebung rechtzeitig besetzt. Gegen 12 Uhr nachts erschien Sch. mit einem Gladbecker Komplizen in der Wirtschaft, um den Raubüberfall auszuführen. Sch., der eine Maske trug und mit einer Armeepistole bewaffnet war, hatte sich bereits bis zur Treppe begeben, die zum Schlafzimmer der Witwe Schulte-Dickhoff führt, wo — wie Sch. bekannt war — Geld aufbewahrt wurde. Plötzlich stutzte Sch., vermutlich, weil er ein Geräusch vernommen hatte, und rannte mit seinem Begleiter davon. Die Polizei nahm kurz darauf Sch. und seinen Komplizen in der Wohnung fest, wo Masken und eine Armeepistole gefunden wurden. Der Begleiter des Sch., der Schlosser G. aus Gladbeck, sagte aus, der Raubüberfall hätte in folgender Weise ausgeführt werden sollen: Zwei Personen aus Gladbeck sollten sich in die Wirtschaft begeben, um dort zu zechen. Dann wollten Sch. und seine Helfershelfer, mit Masken und Revolvern versehen, in die Wirtschaft eindringen und die Witwe Schulte Dickhoff überfallen; während das Geld geraubt werden sollte, wollte einer die Wirtweunterder Herdecke festhalten. Der dreiste Raubüberfall, für den alle Rollen bis ins einzelne verteilt waren, konnte durch das Dazwischentreten der Polizei rechtzeitig verhindert werden.

(g) **Münster, 13. April. Ein Sturm auf einen Kartoffelwaggon** wurde letzten Herbst in Lengerich veranstaltet. Der Händler Wiemann hatte den Wagen angekauft für 30 Mark pro Zentner und wollte ihn abfahren lassen. Der Vorfall veranlaßte eine große Menschenmenge, den Wagen zu stürmen und sich ½—3 Zentner Kartoffeln anzueignen. Vorher hatten die Betriebsräte der dortigen Werke dem Händler 18 Mark pro Zentner geboten. Wegen Landfriedensbruch und Diebstahls hatten sich jetzt 20 Personen vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Der Ankläger beantragte gegen jeden 3 Monate Gefängnis wegen Landfriedensbruch und 2 Tage wegen Diebstahls. Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis und gegen die Führer, den jetzigen soz. Provinzialtagsabgeordneten Decius, und den jetzigen soz. Kreistagsabg. Schmidt, auf 6 Monate Gefängnis.

** **Essen, 13. April. Vor der Strafkammer** hatte sich eine 10köpfige Gesellschaft von Kaufleuten und Eisenbahnbediensteten aus verschiedenen Städten des Ruhrkohlenreviers unter der Anklage der Lebensmittelschiebung und der Urkundenfälschung zu verantworten. Die Angeklagten hatten auf dem Essener Hauptgüterbahnhof eine Anzahl Waggons mit Mehl, Reis und kondensierter Milch im Werte von mehreren hunderttausend Mark verschoben. Zwei von diesen Waggons hatte der Duisburger Bahnhofsvorsteher Peicher für den Wirtschaftsausschuß der Duisburger Eisenbahnbediensteten angekauft. Einen Teil der verschobenen Waren hatte er an den Wirtschaftsausschuß der Eisenbahnbediensteten auf Bahnhof M.-Styrum mit einem Aufschlag wieder veräußert. Ein Waggon kondensierter Milch, der an die Eisenbahndirektion Breslau weiterverkauft wurde, ist unterwegs verschwunden. Er soll in Breslau gestohlen worden sein. Die Schiebungen wurden dadurch bewerkstelligt, daß unehrliche Eisenbahnangestellte gefälschte Frachtbriefe lieferten, mit denen dann die verschobenen Waggons nach Beseitigung der echten Frachtbriefe an anderweitige Bestimmungsorte geleitet wurden. Die Strafkammer verurteilte die Hauptangeklagten, den Zugabfertiger Heinrich Born aus Gladbeck zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, die Kaufleute August Lindemann, Willi Spilkamp, beide aus Essen, und die beiden Kaufleute Karl und Adolf Frisch aus Mülheim (Ruhr) zu je 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Lindemann und Spilkamp außerdem zu je 500 Mark Geldstrafe, den Rottenarbeiter Wilhelm Bertram aus Mülheim zu 3 Monaten Gefängnis, den Kaufmann Christian Bongartz aus Düsseldorf zu 600 Mark Geldstrafe. Das Verfahren gegen den Kaufmann Peter Dreikauß aus Essen wurde ausgesetzt. Peicher und der Eisenbahnassistenten Bernhard Menning aus Mülheim-Styrum wurden freigesprochen.

** **Gräfrath, 14. April. Die Räuber,** die vor einigen Tagen in der Post in Gräfrath die Beamten überfielen und die Postkasse raubten, sind ermittelt und festgenommen. Es sind die Arbeiter Gustav Brettmann, Karl Katthäuser, Philipp Schüler und Erich Schulz, sämtlich aus Vohwinkel. Die vier haben auch im März während der Unruhen in Langenberg den Postraub ausgeführt, wobei ihnen 7000 Mark in die Hände fielen.

** **Duisburg, 14. April. (Mit 120 000 Mark flüchtig.)** Ein bei einer hiesigen Bank angestellter 21jähriger Kaufmann verstand es, sich durch betrügerische Handlungen 120 000 Mark zu verschaffen. Vorher hatte er sich mit ausländischen Papieren versehen, die auf einen falschen Namen lauteten.

** **Düsseldorf, 14. April. (Mord und Selbstmord aus Eifersucht.)** Der Metzger Karl Kegel von hier erschoß die Ehefrau Schieber aus Eifersucht, um sich dann selbst eine Kugel in den Kopf zu jagen.

(TU) **Köln, 14. April. Für die Schaffung von 10 000 Wohnungen** als besondere Notstandshilfe zum teilweisen Ersatz der vielen Tausende von den Besatzungsbehörden und Truppen beschlagnahmten Wohnhäuser hat das Reichsarbeitsamt einen Antrag auf Gewährung von 692 Millionen Mark Baugeld als Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge an den Reichsarbeitsminister gestellt.

** **Köln, 14. April. (Eine Erklärung gegen die weltliche Schule.)** Gegen die vom Kölner Stadtverordnetenkollegium beschlossene Einrichtung weltlicher Schulen wendet sich eine Erklärung, die von etwa 50 Kölner Strafrichtern, Jugendstrafrichtern und Vormundschaftsrichtern unterzeichnet ist. Darin wird die Einrichtung der weltlichen Schulen in einer Zeit sittlicher Verrohung und wachsender Kriminalität der Jugend als eine Gefährdung des Wiederaufbaues und des Vaterlandes bezeichnet.

„-" **Trier, 14. April. (Zwei Raubgesellen verurteilt.)** Das Schwurgericht verurteilte den Bergmann Lamberts aus Dortmund und den Ackerknecht Willwerths aus der Eifel zu 6 Jahren Zuchthaus bezw. 5 Jahren Gefängnis. Sie hatten am Heiligen Tag 1920 in Willwerath in der Eifel ein Bauernhaus überfallen, 8000 Mark geraubt und drei allein anwesende Frauen eine Stunde lang, mit dem Gesicht der Wand zugekehrt, stehen lassen, wobei Willwerts mit geladenem Revolver hinter ihnen stand.

? **Enderndorf** (bei Mosbach), 14. April. **(Der hochzeitliche Todestrank.)** Eine bei einer hiesigen Hochzeit tätige Aufwärterin hatte eine Flasche Arsenklösung mit einer Flasche Wein verwechselt und reichte den Gifttrank dem Brautpaar und den Trauzeugen, die ahnungslos davon tranken. Der Vater ist bereits gestorben. Der Vater des Bräutigams, die Brautjungfern und das junge Ehepaar selbst liegen krank darnieder.

** **Saarbrücken, 14. April. Die Zahl der Feierschichten** infolge der Absatzstockungen im Saargebiet steigert sich bei den Bergleuten immer mehr. Besonders fühlbar wurde der Lohnausfall in der letzten Zeit. Bis zum 1. ds. Mts. erreichte die Zahl der Feierschichten mit 10 den höchsten Stand in einem Zeitraum von wenigen Wochen. Der dadurch entstandene Lohnverlust beträgt rund 16,4 Millionen Franken, oder, in Marken umgerechnet, über 65 Millionen Mark. Weitere Lohneinbußen wurden durch Kürzung der Gedinge herbeigeführt. Daneben wurden die Fahrpreise für Arbeiterfahrkarten und die Mieten erhöht, die Steuerfreiheit der Teuerungszulagen, Kinder- und Frauenbeihilfen aufgehoben usw. Die Lage der Bergarbeiterschaft ist daher an der Saar sehr bedrängt. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, der Deutsche Metallarbeiterverband und der christliche Metallarbeiterverband haben eine gemeinsame Eingabe an die französischen Gruppen gerichtet und um Verhandlungen nachgesucht.

„-" **Saarbrücken, 14. April. (Schmuggler verurteilt.)** Zwei Gebrüder Hasdenteufel, die versucht hatten, einen bei Roßberg an der saarländisch-pfälzischen Grenze stationierten deutschen Zollassistenten durch 50 000 Mk. zu bestechen, damit dieser 10 000 Liter Sprit ungehindert über die Grenze ließe, erhielten von dem hiesigen Sondergericht 6 und 4 Monate Gefängnis. Der pflichttreue Zollassistent hatte das angebotene Bestechungsgeld zurückgewiesen und die Schieber festnehmen lassen. — Das hiesige Sondergericht verurteilte die Händler Friedr. Wang und Jos. Linet aus Völklingen, die für etwa 200 000 Mark in Frankfurt gekaufte Silberbarren nach Lothringen geschmuggelt hatten, zu je 1 Jahr Zuchthaus und 10 000 Mark Geldstrafe.

Ein Urteil Otto Hues.

Lloyd George hatte es seinerzeit in Spaa für angebracht gehalten, den Bergarbeiterführer Otto Hue nach seiner Rede vor der versammelten Konferenz zu seinen Worten zu beglückwünschen. Es ist ja die Frage, inwieweit dies eine für die deutsche Oeffentlichkeit und besonders für die Wirkung auf die deutsche Arbeiterschaft wohlberechnete Kundgebung Lloyd Georges war; Lloyd George ist ein Meister in derlei Dingen. Immerhin dürfte es im englischen Kabinett heute auch interessieren, was Hue, in Bergarbeiterfragen zweifellos ein Fachmann, Lloyd George zu seiner Politik hinsichtlich des Bergarbeiterausstandes in England zu sagen hat. Otto Hue setzt in einem Aufsatz des Vorwärts des längern auseinander, daß es sich in Großbritannien eigentlich gar nicht um einen Bergarbeiterausstand, sondern um eine Arbeiteraussperrung handle. Hue sucht daraus auch die Stellungnahme der Arbeiterverbände zu den Notstandsarbeiten zu erklären. Wer die jetzt meistgenannten britischen Bergarbeiterführer Herbert Smith und Frank Hodges persönlich kenne, der wisse, so führt Hue aus, daß diesen Männern ein „Radikalismus", der sich über die Bedürfnisse des Volkes mit klirrenden Phrasen hinwegsetze, durchaus fernliege. Aber was sollen sie tun, so fragt er weiter, nachdem die Gesetzgebung die Ordnung der Streitfragen zwischen Arbeit und Kapital im Bergbau zu einer rein wirtschaftlichen Angelegenheit erklärt habe, und die Werksbesitzer daraus die Folgerung zögen, den Vertragschaften zu kündigen, um „freie Hand zu haben"? Auf Grund einer längern Beweisführung kommt dann Hue zur folgenden Beurteilung und Klarlegung der Ursachen zu der Bewegung:

Die entscheidende Veranlassung des gewaltigen sozialen Ringens im britischen Reiche sei der Krieg und seine „Fortsetzung mit den andern Mitteln", durch den Versailler Friedensvertrag. Seine weltwirtschaftlichen Wirkungen hätten die tragische Lage in der britischen Industrie herbeigeführt. Auf Jahre hinaus könne die Industrie der Verbandsstaaten und Mitteleuropas beschäftigt werden mit der Herstellung von Material zum Wiederaufbau. In den Verbandsstaaten wie in Deutschland fehle es Millionen Menschen an menschenwürdiger Behausung. Dabei liege das Baugewerbe still. Baugewerbliche Arbeiter lungerten erwerbslos in Scharen umher. Die Baustoffindustrien wüßten nicht einmal ihre stark eingeschränkten Mengen an Erzeugnissen loszuwerden. Die Zweige der Holzverarbeitung u. a. verfügten über überfüllte, unverkäufliche Lager. Wenn man bedenke, welche Zerstörungen die Kriegsfurie den Verkehrsanlagen zufügte, wie der Raubbau die Eisenbahnen überall heruntergewirtschaftet hat, dann falle die große Absatznot der Internationalen Eisen- und Stahlindustrie, des Maschinenbaues erst recht auf, und man beachte, daß 1920 die Kohlenförderung in Großbritannien, Frankreich, Belgien und Deutschland zusammen immer noch rund 116 Millionen Tonnen niedriger war als 1913! Im Frühjahr 1921 arbeiteten die Bergwerke in den drei genannten Verbandsstaaten mit starken Einschränkungen, trotzdem wüßten jetzt England und Frankreich nicht, wo sie ihren Kohlen überfluß unterbringen sollten: Der walkfische Bergarbeiterabgeordnete Harthorn, schreibt Hue, legte den Finger in die Weltwunde, als er am 5. d. M. im Unterhause erklärte: „Es sind die Folgen von Versailles und Spaa, die den Markt für unsern Kohlenexport gänzlich zerstört haben: (Laute Zustimmung der Arbeiterfraktion, Schweigen auf der Regierungsseite.) Durch Zerstückelung großer staatlicher Wirtschaftsgebiete in blutleere „nationale" Kleinstaaten, durch blindwütige Zerreißung alteingelebter internationaler Wirtschaftsbeziehungen, durch neuerliche Ankündigungen weiterer Grenzbarrikaden ist in ganz Europa der Zustand geschaffen, wo fieberndе Erregung mit fatalistischem Gleichmut abwechselt. Kein Mensch, keine Industrie weiß, ob es die „höhere Gewalt" gestattet, einen Arbeitsplan zu verwirklichen. Deutschland muß zwangsweise Kohlen dorthin liefern, wo kein Mangel daran ist, während es selbst unter Kohlenmangel leidet. Großbritannien, dieses erstklassige Warenausfuhrland, sieht seine Kohlenausfuhr von Monat zu Monat von über 6 Millionen Tonnen in der Vorkriegszeit auf jetzt nur noch 1¾ Millionen Tonnen sinken, es fördert nur noch gut 4 Millionen Tonnen wöchentlich gleich 208 jährlich fast 80 Millionen weniger als 1913, und erstickt doch in Kohlen! Die Exportpreise fallen in Jahresfrist von 100 bis 135 auf 47 bis 60 Schilling und doch häufen sich die Lager riesenhoch: Die Abnehmer fehlen, obgleich von einer Versorgung der Konsumenten mit lebensnötigen Waren wie vor dem Kriege noch bei weitem keine Rede sein kann. Europa versinkt in Armut, seine Blutleere wird chronisch!"

Die Verordnung über die Zollgrenze am Rhein.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat jetzt die Verordnungen über die neue Zollgrenze am Rhein veröffentlicht. Danach hat die Zollgrenze folgende Führung:

Der Rhein von der holländischen Grenze bis nördlich Düsseldorf einschließlich Ruhrort und Duisburg; ein Brückenkopf bei Düsseldorf; der Brückenkopf Köln; der Rhein zwischen den Brückenköpfen Köln und Koblenz; die Brückenköpfe Koblenz und Mainz; der Rhein vom Brückenkopf Mainz bis zur elsässischen Grenze.

Die Waren, die über dieser Grenze in das besetzte Gebiet eingeführt werden, unterliegen vorbehaltlich der vorgesehenen Ausnahmen einer Zollabgabe von 25 v. H. der Zölle, welche in dem gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Zolltarif vorgesehen sind, und zwar berechnet in Gold.

Die Waren, welche aus dem besetzten Gebiet über die bezeichnete Zollinie ausgeführt werden, unterliegen vorbehaltlich der Ausnahmen einem Ausfuhrzoll in Höhe der Zölle, welche in dem gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Zolltarif für die nach Deutschland eingeführten Waren vorgesehen sind, aber berechnet in Papiermark. Für zollfreie Waren wird eine statistische Gebühr von einer Papiermark für jedes Stück Gut oder Vieh erhoben.

Für den internationalen Durchgangsverkehr für Waren, welche aus einem anderen Lande als Deutschland durch die besetzten Gebiete nach einem anderen Lande als Deutschland befördert werden, tritt keine Aenderung ein.

Zur Regelung aller Zollfragen hat die Rheinlandkommission ein Zollkomitee gebildet, welches berechtigt ist, im Rahmen der Verfügungen Ausführungs- und Auslegungsbestimmungen zu erlassen. Dieses Zollkomitee hat Befehlsgewalt über das gesamte alliierte und deutsche Zollpersonal.

Für Zollhinterziehungen und andere Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung der Rheinlandkommission oder des Zollkomitees sind schwere Strafen vorgesehen und zwar Geldstrafen bis 500 000 Mark und Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren. Die neuen Zollbestimmungen treten am 20. April in Kraft.

Oberschlesien in Not.

Das Zentralorgan der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, die „Oberschlesische Warte", veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer folgenden Aufruf:

„Der deutsche Sieg in Oberschlesien hat, wie zu befürchten war, den polnischen Terror in Oberschlesien ausgelöst. Nach den vorliegenden Nachrichten über die Gewaltakte ist kein Zweifel, daß Korfanty mit seinen organisierten Mordbanden, da er den Sieg auf ehrliche Weise, mit dem Stimmzettel nicht erringen konnte, auf dem Wege der Gewalt, ähnlich wie es seinerzeit in Posen der Fall war, in Oberschlesien fertige Tatsachen schaffen will.

Die Gewalt und die Lüge, das sind die Mittel, mit denen er jetzt operiert. Während die Abstimmung eine unzweideutige, klare deutsche Mehrheit ergeben hat — in 683 Städten und Ortschaften gab es eine deutsche Mehrheit gegenüber 597 Gemeinden mit polnischer Mehrheit — posaunt er nach Warschau, Paris, London und in die ganze Welt in der schamlosesten Weise die Lüge von einem polnischen Siege hinaus. Um Glauben zu finden, unterschlägt er den Oberschlesiern und der Welt eine ganze Reihe von Gemeinden, mit deutscher Mehrheit. Warschau feiert auf Grund dieser Lügenfanfaren Siegesfeste. Die französische Presse brüllt: Oberschlesien den Polen! Und die „Schutzmacht" Le Rond „schützt" das deutsche Oberschlesien, indem sie durch Zeitungsverbote die Wahrheit zu Boden drückt, sich vor die polnischen Mordbrenner stellt, ihnen den moralischen Erlaubnisschein für ihre Gewaltpropaganda ausstellt, dem deutschen Plebiszitkommissariat mit Ausweisung droht, dem Verbande heimattreuer Oberschlesier jegliche Tätigkeit in der Flüchtlingsfürsorge verbietet!

So sieht es jetzt in Oberschlesien aus! Die Geschichte wird einst über dieses „Schutzregiment" der Besatzungsmacht ihr Urteil fällen!

Und wir Oberschlesier müssen dieser Wirtschaft mit der geballten Faust in der Tasche zusehen, vorläufig zur Ohnmacht verdammt. Aber wir halten fest an unserer Heimat, wir lassen sie nicht! Und wer da unter uns glaubt, seine Arbeit sei mit der Abstimmung getan, der befindet sich in einem gefährlichen Irrtum! Jetzt erst recht müssen wir zusammenstehen!

Lasset nicht locker, bis die Heimat tatsächlich Euer ist!"

Ein Raubüberfall,

der ein bezeichnendes Licht auf die Unsicherheit in Berlin wirft, ist in der Nacht zum Sonntag verübt worden. Der zurzeit im Hotel Fürstenhof wohnende Regierungsrat L. aus Kassel nahm in der Nacht zum Sonntag in der Mohrenstraße eine Autodroschke, deren Chauffeur noch von einem Mitfahrer begleitet war. Der Regierungsrat wurde in den Tiergarten geschleppt und dort an einer dunklen Stelle völlig ausgeplündert. Den Banditen fielen dabei außer wichtigen Legitimationspapieren auch einige tausend Mark in Banknoten in die Hände. Der Beraubte hat sich in seiner Aufregung die Nummer der Droschke nicht gemerkt. Die beiden Räuber fuhren nunmehr zum großen Schauspielhause; hier wurde das Auto von einem Herrn zu einer Fahrt nach der Magdeburger Straße benutzt. Dort angelangt gab sich der Chauffeur mit der Bezahlung der Taxe nicht zufrieden und stellte unverschämte Forderungen. Der Fahrgast bezahlte, merkte sich aber die Nummer der Droschke. Vom Fenster seiner Wohnung aus bemerkte der Fahrgast, der ausgerechnet der Inhaber einer Detektei war, wie die beiden Kraftfahrer beim Schein ihrer Wagenlaterne eine große Anzahl von Banknoten unter sich verteilten und dann Papiere in einen Schacht der Kanalisation warfen, worauf sie sich entfernten. Der Detektiv holte nunmehr die Papiere aus dem Schacht heraus und fand als erstes eine Rechnung des Hotels Fürstenhof für einen Regierungsrat L. aus Kassel. Auf diese Weise gelang es, der Räuber habhaft zu werden. Es stellte sich heraus, daß der richtige Chauffeur die Droschke ohne Wissen des Besitzers für die Nacht an zwei andere Chauffeure im Alter von 21 Jahren verliehen hatte. Bei den Verhafteten wurde von dem Gelde nichts mehr vorgefunden.

Vereinsnachrichten.

Kamen 15. April. **Der Zitherverein „Almrausch"** Kamen, der erst vor kurzer Zeit wieder ins Leben gerufen ist, hielt am letzten Sonntag seine 1. Generalversammlung ab. Eröffnet und geleitet wurde dieselbe vom bisherigen provisorischen Vorsitzenden. Bei der Vorstandswahl wurde zum 1. Vorsitzenden Herr Leonh. Christoph, zum Dirigenten Herr Karl Weißleder und zum Kassierer und Schriftwart Herr Alex Puß gewählt. Als Vereins- und Uebungslokal wurde das der Frau Witwe Jordan, Nordstraße, beibehalten. Die Uebungsstunden wurden auf jeden Dienstag abend 8 Uhr festgesetzt. Nachdem die übrige Tagesordnung erledigt, wurde vom Vorsitzenden erneut auf die Zwecke und Ziele des Vereins hingewiesen und alsdann die Versammlung mit einem „Gut Klang" auf das Blühen und Gedeihen des Vereins geschlossen. Der Zweck des Zithervereins ist nun, in der Oeffentlichkeit für das kunstgemäße Saitenspiel zu werben und seinen Wert für die Musikkultur zur Geltung zu bringen. Ferner durch Vorträge über bedeutungsvolle Fragen des zithermusikalischen Lebens die Allgemeinheit zum Kunstverständnis für das edle Saitenspiel zu gewinnen, um somit die musikalische Geschmacksveredelung zu pflegen und so auch an der geistigen Hebung des Volkes mitzuwirken. Möge der Verein nun recht viele Freunde und Gönner finden, damit auch die edle Zithermusik, in der man die Saiten der Seele mitklingen lassen kann, in Kamen immer mehr in den Klassen der Bevölkerung verbreitet werde. Unbescholtene Damen und Herren, welche im Konzertzitherspielen bewandert und auch andere unbescholtene Personen, welche dem edlen Spiel huldigen, können jederzeit in den Verein aufgenommen werden. Anmeldungen sind erbeten unter genauer Adresse an den Vorsitzenden L. Christoph, Lünenerstr. 71, oder direkt im Vereinslokal Witwe Jordan und bei den Mitgliedern.

Kamen, 15. April. **Der Ziegenzucht-Verein** Kamen hält am Sonntag, den 17. d. M., 5 Uhr nachmittags, eine Generalversammlung bei W. Kümper am Rathaus ab, wozu besonders die Frauen dringend eingeladen werden, da über wichtige Sachen, wie Aufzucht von Lämmern, Stallschau usw. berichtet werden soll.

Sport.

Heeren 15. April. Ballspielverein Heeren I gegen Sportverein Kamen I. 2 : 1 für Kamen. Eckenverh. 12 : 4 für Heeren. Am Sonntag fand sich, wie berichtet wird, die erste Elf des Sportvereins Kamen zum Retourwettspiel in Heeren ein. Kamen spielte mit einem Ersatz, während die Heerener gezwungen waren, zwei Ersatzleute einzustellen. In der ersten Viertelstunde wurde beiderseits ein schönes Spiel gezeigt. Als aber dann verschiedene Kamener begannen, unfair zu spielen, und der Schiedsrichter dadurch in einem Zeitraume von 8 Minuten den Heerenern 3 Strafstöße zusprach, wurde das Spiel auf beiden Seiten so scharf ausgetragen, daß man es bald kein Fußballspiel mehr nennen konnte. Wie das Eckenverhältnis schon angibt, waren die Heerener während des ganzen Spieles überlegen. Totsichere Sachen wurden von ihnen entweder drüber oder daneben getreten. Mit dem Ergebnis 2 : 1 für Kamen trennte der Schiedsrichter beide Parteien. Derselbe konnte nicht immer gefallen. Er hätte durch schärferes Vorgehen das rauhe Spiel schon im Keime ersticken müssen. Heeren II gegen Kamen II 2 : 0 für Heeren. Heeren alte Herren gegen Kamen alte Herren 2 : 2.

Briefkasten.

Bei dem Artikel in Nr. 86 Seite 1 Spalte 2 betr. die Erklärung Briands in der französischen Kammer muß die Ueberschrift richtig heißen „Briands Drohung mit Pfändung".

Wette 700, Kamen. Zunächst muß jeder, der ein Gewerbe ausüben will, dasselbe anmelden. Weiter ist für das Gewerbe im Umherziehen, welches angenommen wird, wenn jemand keine feste Niederlassung hat, eine Beschränkung erlassen, die das Feilhalten von Bäumen aller Art verbietet. Auf Zuwiderhandlungen stehen in beiden Fällen Ordnungsstrafen bis zu 150 Mark. — Der Knecht verdient außer den 180 Mark doch auch noch seine Beköstigung und Wohnung, die z. Zt. mit 135 Mark zu bemessen sind. Sein Gesamtlohn beträgt also 315 Mark, hiervon sind abzuziehen 125 Mark als steuerfreies Einkommen und die Kassenbeiträge. Nehmen wir letztere mit 10 Mark an, so bliebe ein zu versteuernder Lohn von 180 Mark, von dem der Steuersatz 10 Prozent = 18 Mark ist.

Einmaliges Angebot!

1000 Mtr. Voiles

in hübschen Dessins

nur 13.75 Mark.

Kaufhaus

S. Nentwig,

Kamen, Weststr. 63.

1819

Margarete

Die glückliche Geburt eines gesunden

Mädchens

zeigen hocherfreut an 1829

Oberingenieur Voß und Frau
Anna geb. Rust.

Heeren, den 14. April 1921.

Ev. Bürger- u. Arbeiterverein Overberge.

Zur Teilnahme an der Beerdigung des verstorbenen Mitgliedes

Wilhelm Bürger

tritt der Verein am Sonntag nachmittag 2½ Uhr beim Wirt Schmülling an.

Um zahlreiches Erscheinen bittet 1824

Der Vorstand.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 7 Uhr meine liebe Frau, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Ehefrau Joh. Scheele

Henriette geb. Rustemeier

zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Sie starb nach längerem Kranksein, wohlvorbereitet durch einen frommen Lebenswandel und durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, im 58. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kamen, Bergkamen, Berghausen bei Recklinghausen, Rotthausen, Wattenscheid und Westerwiehe, den 14. April 1921.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. April, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause aus statt. — Sollte jemand aus Versehen keine Nachricht erhalten haben, so diene diese als solche. 1822



Fürchte dich nicht, ich habe dich erlöset, ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein. Jes. 43, 1.

Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen, heute morgen 3 Uhr unsern lieben, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Schneidermeister

Wilhelm Bürger

im 55. Lebensjahre nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Er starb im festen Glauben an seinen Erlöser.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Overberge, Elberfeld und Sandbochum, den 14. April 1921.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. April 1921, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Overberge 130, aus statt.
Kranzspenden im Sinne des Verstorbenen verbeten. 1807

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 9 des Ortsstatuts wird hiermit der Stundenplan der hiesigen Fortbildungsschule für das das Schuljahr 1921/22 bekannt gegeben:

Tag	Stunde	Klasse	Unterrichtszimmer	Unterrichtsfach
		Wilhelmschule		
Montag	6—8 Uhr	O. I. Metallarbeiter	3a	Zeichnen
„	„ „	M. II. „	5b	„
Dienstag	„ „	M. U. Schneiderinnen	1a	„
„	„ „	O. II. Metallarbeiter	3a	„
Mittwoch	„ „	O. M. U. Schneider	1a	„
„	„ „	O. Bauhandwerker	1b	„
„	4—6 Uhr	O. Schneiderinnen Putzmacherinnen	2a	„
„	6—8 Uhr	O. M. U. Anstreicher	2a	„
„	„ „	U. Metallarbeiter	4a	„
„	„ „	M. I. „	5b	„
Donnerstag	„ „	O. M. U. Schuhmacher	1a	„
Freitag	„ „	U. Bauhandwerker	1b	„
Montag	4—8 Uhr	O. M. U. Schneiderinnen Putzmacherinnen	1a	Gewerbekunde
„	„ „	M. Bauhandwerker	4a	Geschäftsaufsatz
Dienstag	„ „	O. Schreiner, Maurer, Schuhmacher, Schneider Bäcker, Barbiere, pp.	4a	Rechnen, Buchf.
„	6—8 Uhr	M. Schlosser	5b	„
Donnerstag	„ „	O. „	1b	„
„	4—8 Uhr	U. Bauhandwerker Schneider, Schuhm., Bäcker, Metzger. Friseure pp.	3a	„
Freitag	6—8 Uhr	O. Schlosser	1a	„
„	„ „	M. Schlosser	3a	„
„	4—8 Uhr	U. Schlosser	5b	„
„	„ „	M. Bäcker, Metzger, Schneider, Friseure pp.	4a	„
Montag	„ „	O. M. U. ungelernte Arbeiter	1b	Berufs- und Bürgerkunde
Dienstag	„ „	O. M. U. ungelernte Arbeiterinnen	1b	Rechnen
		Auguste-Viktoria-Schule		
Montag Donnerstag Freitag	morgens 7—9 Uhr	O. Kaufm. Lehrlinge und Lehrmädchen	3a	Handelskunde Rechnen Wirtschaftsgeogr. Buchführung Bürgerkunde
„	„ „	„	„	„
Mittwoch	„ „	M. I. Kaufm. Lehrlinge	1b	„
Freitag	„ „	„	„	„
Dienstag	nachmittags 2—4 Uhr	„	„	„
„	morgens 7—9 Uhr	U. Kaufm. Lehrlings	3a	„
Mittwoch	„ „	„	„	„
Freitag	nachmittags 2—4 Uhr	„	„	„
		Joseph-Schule		
Mittwoch Sonnabend	morgens 7—9 Uhr	M. Kaufm. Lehrmädchen	1a	„
„	„	„	„	„
Montag	nachmittags 5—4 Uhr	„	„	„

Schulfrei sind außer den Ferien Himmelfahrt, Fronleichnam, Buß- u. Bettag.
Der Unterricht beginnt am Montag, den 18. April, stundenplanmäßig.
Kamen, den 13. April 1921. 1814

Das Kuratorium der Städt. Fortbildungsschule
Der Vorsitzende gez. Dr. Wießner, Bürgermstr.

Familiendrucksachen
liefert schnellstens die Buchdruckerei der
Kamener Zeitung.

Geschäfts-Empfehlung.

Den geehrten Bewohnern von Kamen und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich in Kamen ein

Maler- und Anstreicher-Geschäft

eröffnet habe.

Es wird mein Bestreben sein, die mir gütigst erteilten Aufträge unter Verwendung des besten Materials prompt und billigst zu erledigen. Indem ich die geehrten Bewohner von Kamen und Umgend bitte, mein junges Unternehmen wohlwollend zu unterstützen, zeichnet

1793 Hochachtungsvoll!

Hubert Mohwen.

Werkstelle: **Marktplatz,** früher Hillburg. Privatwohnung: **Weststrasse 20 II.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben Sohnes und Bruders sagen wir allen, insbesondere Herrn Pastor Gerlach für die trostreichen Worte am Grabe, sowie dem Turn- und Gesangverein unsern 1806

herzlichsten Dank.

Methler, den 14. April 1921.

Frau Ww. Bauschuß.

Allen Teilnehmern an der Beerdigung unseres verstorbenen Vaters, Grossvaters und Urgrossvaters, des Invaliden **Hermann Just** sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen
Familie F. Menzel.
Kamen, den 15. April 1921. 1825

Ausnahme-Angebot! 1830

Feinste kondens. Schweizermilch . . Dose 6.90
Feinstes Speisefett . . . . . Pfd. 6.90

Gebrüder Wolff.

Zimmerleute und Einschaler

für größere Eisenbetonarbeiten werden eingestellt

„Demotag", Dische. Montanbauges.,
Baustelle Schacht Grimberg,
Bergkamen. 1810



Wir wissen Rat. Wie wir Rückgradverkrümmung ohne Berufsstörung bessern und evtl. heilen, zeigt unser Buch mit 50 Abbildungen Senden Sie uns 5 Mk. in Papiergeld oder Briefmarken, sonst fordern Sie es durch Nachnahme. Für Rücksendg. des gelesenen Buches vergütet 3 Mark **Franz Menzel, Dresden-Blasewitz 3500a.**

Mieterschutz-Verein Kamen.

Samstag, den 16. April 1921, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn W. Kümper:

Mitglieder-Versammlung.

Vortrag

des Herrn Geschäftsführers des Mieterschutzvereins Essen über alle einschlägigen **Mieterfragen,** wozu alle Mieter hiermit eingeladen werden.

Der Vorstand.

Auf Teilzahlung

bei bequemen Abzahlungen

Herren- u. Burschen-

Anzüge
Cutaways
Covercoats
Gummi-Mäntel
u. Manufakturwaren

Max Mischkowski,
Dortmund,
Steinstr. Nr. 60

Bequeme Abzahlung! 1784

Mädchen

für kleinen Haushalt (2 Personen) nach Barmen gesucht. Familienanschluß. Näh. Ostenmauer 5.

Wegen Erkrankung des jetzigen suche ich für sofort eine 1805

Haushälterin.

Klosterstraße 4.

Morgenmädchen

für kleinen Haushalt (2 Pers.) gesucht. 1827

Bahnhofstr. 34, 2. E. r.

Tüchtiges, erfahrenes

Dienstmädchen

für sofort oder 1. Mai gesucht. 1799

Meldungen an Frau **Markscheider Walter in Dortmund,** Johannesstr. 191.

Für kleinen Haushalt (2 Erwachsene, 1 Kind) nach Hagen besseres, zuverlässiges

Mädchen

nicht unter 17 Jahren, zum 1. Juni gesucht. Gelegenheit zur Erlernung der Küche. 1795

Frau H. Bockelmann. Hagen, Arndtstr. 41 II.